

Wöchentlich 70 Pf., monatlich 2,25 Pf.
(binnen 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 3,97 Pf. einschließlich 60 Pf.
Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellge-
büchern. Auslandsabonnements 5,65 Pf.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Druckfrachtenporto 4,85 Pf.

Bei Anfall der Lieferung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

Erscheinungsweise und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen
Teils

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
30. August 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 27 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. V. u. Dis.-Ges., Depofitent., Jerusalemer Str. 65/66

Reichstag gegen Regierung Beschleunigte Präsidentenwahl und — Wettrennen nach Neudeck.

Das Herrenprogramm.

Lohnsenkungen für die Arbeiter — Steuergeschenke für die
Unternehmer. — Wirtschafts- und finanzpolitische Abenteuer.
Von Fritz Naphtall.

Von der Regierung Papen-Schleicher, die ihre Existenz
der Nazivelle in Deutschland verdankt, und deren einzige
Stützen Generale, Junker und Industriearbete sind, konnte
man auf dem Gebiete der Sozialpolitik und der Wirtschafts-
politik nichts anderes als ein hundertprozentig reaktionäres
Programm erwarten. Trotzdem bekennen wir freimütig, daß
vor der Rede des Reichskanzlers in Münster unsere Phant-
tasie nicht ausgereicht hat, um sich den Grad des sozial-
reaktionären Charakters und den Grad des wirtschaftlichen
Disfunktions auszumalen, aus dem das Programm, mit
dem diese Regierung vor den Reichstag und vor das Volk
tritt, zusammengemischt ist.

Viele Punkte in dem Papen-Programm mögen noch
reichlich unklar und verworren erscheinen, aber der tragende
Grundgedanke ist klar; er lautet: Alle Lasten den Ar-
beitern. Lohndruck bis an die Grenze des
Existenzminimums (wobei niemand weiß, wie tief
sich diese Grenze in den Köpfen der Regierung und der sie
beratenden Unternehmer ausmalt).

Beseitigung des Tarifrechts und organisierter Anreiz zum Lohndruck.

das sind die eindeutigen Angriffe auf die Rechte der Ar-
beiterschaft und auf ihre soziale Lage, die durch neue Not-
verordnungen bevorstehen sollen. Die Tariflöhne sollen will-
kürlich herabgesetzt werden können in allen den Fällen, in
denen Betriebe in ihrer Weiterexistenz bedroht sind. Der
„Nachweis“ für diese Bedrohung wird in einer Krisenzeit
von Schlichtern, deren Grundeinstellung die Förderung des
Lohndrucks ist, von unendlich vielen Unternehmungen geführt
werden. Aber das ist nicht die einzige Form, in der man den
Lohnraub organisiert. Man führt darüber hinaus im Inter-
esse der Mehrzahl von Arbeitern ein Prämiensystem
für Neueinstellungen ein. Für jeden neu eingestellten Ar-
beiter sollen dem Unternehmer aus einem Fonds von
700 Millionen Mark Schuldverschreibungen des Reichs, die
für künftige Steuerzahlungen in Zahlung genommen
werden, 400 M. jährlich zur Verfügung gestellt werden. Der
Unternehmer, der solche Neueinstellungen vornimmt, wird
also Lohnsubventionen erhalten, auch wenn es sich gesamt-
wirtschaftlich nicht um zusätzliche Arbeit, sondern nur um
die Verlagerung von Arbeit von einem Betriebe auf den
anderen handelt. Gleichzeitig aber wird der Arbeitgeber, der
mit dieser Subvention mehr Arbeitskräfte einstellt, berech-
tigt werden, den Tariflohn zu unterschreiten, und zwar werden die
Tariflöhne innerhalb bestimmter Gren-
zen in einem um so größeren Prozentsatz er-
mäßigigt, je größer die Vermehrung der Beleg-
schaft ist.

Das ist ein ausgeklügeltes System der Prämierung des
Lohndrucks und der Verheerung der Arbeiterschaft unterein-
ander, weil jede Neueinstellung in einem Betriebe nun un-
mittelbar zur Lohnminderung der bisher schon beschäftigten
Arbeiter führen soll. In dieser Zerstörung des Tarifrechts
und in diesen

organisierten Methoden des Lohnraubs

liegt das Kernstück des ganzen Papen-Programms, darüber
darf und wird sich die Arbeiterschaft nicht täuschen lassen,
auch wenn andere komplizierte und phantastische Teile des
Programms unter der angenehmen, aber deshalb noch
keineswegs richtigen Ueberschrift von der Arbeitsbeschaffung

Abgesagte Radaufzügen.

Reichstagsöffnung ohne Skandal?!

In dem noch ziemlich leeren Reichstagsgebäude kur-
sierte gestern ein unwahrscheinliches Gerücht: es hieß, die
heutige Eröffnung des neugewählten Parlaments werde
sich — in zivilisierten Formen vollziehen! Das
würde sowohl dem bisherigen Brauch wie den Ankündi-
gungen in der Nazipresse widersprechen; hatte diese doch
angekündigt, gegenüber der Alterspräsidentin Clara
Zetkin werde „die nationale Würde“ gewahrt werden.
Jedermann weiß, was damit gemeint ist! Angesichts der
veränderten politischen Situation legen jedoch die Haken-
kreuzler Gewicht darauf, daß sich der Reichstag schleunigt
konstituiert. Mit dem Zentrum sind sie zunächst soweit
einig, daß

ein Nationalsozialist — man spricht von Stöhr —
Präsident

werden soll, und sie brennen darauf, diese Machtposition
zu beziehen. Darum wollen sie, sagt man, die Amts-
führung der kommunistischen Alterspräsidentin ruhig
über sich ergehen lassen. Da natürlich auch die Kommu-
nisten ihrer greisen Genossin die Arbeit nicht erschweren
wollen, hält man einen ruhigen Reichstagsbeginn für
möglich.

Sonst war es üblich, das Präsidium am zweiten Tag
zu wählen. Diesmal soll das gleich am ersten geschehen,
weil Nazi und Zentrum die „Arbeitsfähigkeit des Hauses“
demonstrieren wollen. Dem wird die

sozialdemokratische Reichstagsfraktion

wohl kaum widersprechen. Ueber ihre Stellung zur
Wahl selbst wird sie heute vormittag beschließen. Selbst-
verständlich wird sie nicht für einen Nazi als
Präsidenten stimmen. Ob sie Lübe oder ein anderes
Fraktionsmitglied für den Posten des ersten Vizepräsi-
denten zur Verfügung stellt, wird sie heute entscheiden.

Reichstagspräsidium nach Neudeck.

Das gewählte Reichstagspräsidium soll, wenn es nach
den Plänen des Zentrums geht, sofort auf die Bahn ge-
setzt werden, um nach Neudeck zum Reichspräsidenten zu
fahren. Auf ihn soll eingewirkt werden, daß er wenig-

stens so lange keine Auflösungs Vollmacht erteilt, als
nicht die Arbeitsunfähigkeit des Reichstags erwiesen ist.
Auf diese Weise soll Zeit gewonnen werden, um die

Schon sehr weit gediehenen Verhandlungen zwischen Nazis und Zentrum

zum Abschluß zu bringen. Schon taucht in unbestimmten
Umrissen der Schatten einer Kanzlerschaft Fried-
auf! Im Landtag, wo heute um 1 Uhr der Sturm gegen
die kommissarische Bracht-Regierung losgeht,
spricht man von einem Ministerpräsidenten Goerdeler.
Ob diese Verhandlungen zum Ziel führen werden, ist
freilich noch ungewiß. Denn so recht Nazis und Zentrum
mit ihrer Kritik an Papen haben, so recht hat auch dieser
mit seinem Urteil über die geplante schwarzbraune
Koalition: sie wäre ein Bündnis, geschlossen in der Ab-
sicht, den Bundesgenossen zu vernichten. Es ist schwer zu
entscheiden, wo die größere Gefahr liegt: in der Papen-
Regierung oder in einem Einrücken der Nazis in die
Regierung auf dem Wege der Koalition.

Ein Annäherungsversuch Hitler-Papen-Schleicher

in Form einer „rein gesellschaftlichen Zusammenkunft“
hat gestern auch stattgefunden, aber, wie glaubwürdig
verlautet, zu keinem Erfolg geführt. Dazu ist die Feind-
schaft, die von enttäuschter Liebe kommt, eben noch zu
frisch. Tagelang ist die Abneigung gegen die „schwarzen
Marxisten“ — das sind die Herren vom Zentrum — merk-
lich abgeklaut, man verhandelt, wie es heißt, mit Brü-
ning, Stegerwald und Verlitius in den ver-
bindlichsten Formen. Zugleich stellt sich heraus, daß die
viel mißhandelte Weimarer Verfassung zur Zeit
nichts als Freunde hat. Nicht nur die Regierung beruft
sich auf ihre Grundsätze, auch die Nazis sind beflissen, sie
vor jeder Verletzung zu schützen. Gott erhalte „das
System“!

Für uns gilt, gleichviel, ob die Präsidialregierung
bleibt oder die Bürgerblockregierung kommt, unver-
ändert die Parole:

schärfste sozialdemokratische Opposition!

und der Ankurbelung der Wirtschaft erscheinen. Es ist des-
halb nur selbstverständlich, daß die Gewerkschaften in ihrem
Telegramm an den Reichspräsidenten einer solchen „beispiellos
unsozialen Politik“ den schärfsten Kampf ansetzen.

Wie aber steht es mit den Maßnahmen zur Be-
kämpfung der Arbeitslosigkeit, die die Regie-
rung vorsieht? Arbeitsbeschaffung durch Inangriffnahme
öffentlicher Arbeiten ist von allen Sachverständigen als Not-
wendigkeit erkannt. Die Gewerkschaften haben sie gefordert,
die Sozialdemokratie hat Gesetzentwürfe zur Inangriffnahme
und Finanzierung solcher Arbeiten dem Reichstag vorgelegt.
Der Reichswirtschaftsrat hat ein ausführliches Gutachten über
die Art der in Angriff zu nehmenden Arbeiten vorgelegt.
Das entscheidende Problem schien nur bisher das Maß und
der Weg für die Finanzierung solcher von der öffentlichen
Hand einzuleitenden Mehrarbeiten. Die Regierung Papen
hat über die bekannten bescheidenen Ansätze hinaus all diese
Formen der Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Aufträge
im Hintergrund verschwinden lassen. Sie präsentiert dafür
einen ganz neuen Weg. Ihr macht nicht mehr die Frage

Sorge, ob man zur Finanzierung eine freie Anleihe auf-
nehmen kann, ob man den Weg der Zwangsanleihe oder
Vermögensabgabe aufnehmen kann, um die nötigen Mittel
für die Belegung durch öffentliche Aufträge zur Verfügung
zu stellen, sondern sie hat sich eindeutig für ein privatkapita-
listisches, den Unternehmern allein Nutzen versprechendes
Experiment entschieden.

Man will nicht Abgaben oder Belastungen von
den Reichen erheben, um Arbeit in Gang zu
bringen, sondern man will das gleiche Ziel da-
durch erreichen, daß man ihnen Geschenke prä-
sentiert.

Für gewisse Steuern, die als besonders produktions-
hemmend gelten, die Umsatzsteuer, Grundsteuer, Gewerbe-
steuer und Beförderungssteuer, soll denjenigen, die die
Steuern in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober
1933 abführen, ein Teil zurückgegeben werden in der Form
von Steueranrechnungsscheinen, die in den Rech-
nungsjahren 1934 bis 1938 auf alle Reichsteuern und Zölle

mit Ausnahme der Einkommensteuer in Zahlung gegeben werden können. Es soll sich dabei um 1500 Millionen Mark handeln, die den Charakter von Anteilscheinen des Reichs dadurch erhalten sollen, daß die Summen, die den Steuerzahlenden Unternehmern geschenkt werden, auch noch vom Reiche verzinst werden!

Durch diese Hingabe von Schatzscheinen des Reichs soll den Steuerzahlern eine Kreditgrundlage geschaffen werden, von der man erwartet, daß sie die Hereinnahme und die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Aufträge für den „aufgestauten“ Erhaltungsbedarf ermöglichen wird und dadurch neue Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß einführen sollen. In der gleichen Form dieser Steuerrechnungsscheine von etwa 1500 Millionen Mark werden weitere 700 Millionen Mark als Lohnsubventionen mit dem oben geschilderten Recht des Lohnendrucks zur Verfügung gestellt.

Sicher ist hier, daß die Unternehmer Steuerergänzung und Subventionen von 2,2 Milliarden erhalten.

Vollkommen unsicher ist dagegen, ob und in welchem Umfange diese Geschenke zur Einschaltung neuer Arbeitskräfte in den Wirtschaftsprozeß führen. Denn die Auffassung, daß es im gegenwärtigen Zeitpunkt einen großen aufgestauten Bedarf für die Erhaltung oder Erweiterung von Produktionsanlagen überhaupt gibt, ist zum mindesten außerordentlich problematisch. Was der Wirtschaft fehlt, ist nicht der ausgebaute Produktionsapparat, sondern sind die Aufträge für den Verbrauch, durch die dieser Produktionsapparat ausgenutzt werden kann. Der Massenverbrauch aber wird durch das neue Lohndruckprogramm, das man wie zum Hohne als „Ende der Deflationspolitik“ bezeichnet, nur noch weiter droffelt.

Dabei bleibt noch die Frage offen, inwieweit überhaupt diese Schatzscheine des Reichs, die man Steueranrechnungsscheine nennt, geeignet sein können, einen wirklich auftretenden zusätzlichen Kreditbedarf zu finanzieren. Möglich, daß bei den Banken ein gewisser Spielraum für ihre Aufnahme vorhanden ist, möglich, daß die Reichsbank den Spielraum durch Lombardierung etwas erweitert. Unmöglich wird es jedenfalls sein, einen Betrag, der auch nur annähernd die Gesamtheit dieser den Unternehmern geschenkte überlassenen oder als Subventionen gegebenen Steueranweisungen in Betriebsmittel umzuwandeln, wenn man nicht außerordentliche, die Währung gefährdende Manipulationen damit vornehmen will.

Diese äußerst ungewissen und im Ausmaß sicherlich sehr beschränkten Ankurbelungschancen werden aber bei dem von der Regierung Papen gewählten Weg erkauft mit einem finanzpolitischen Abenteuer, das man nur mit einem Ritt über den Bodensee vergleichen kann.

In einem Augenblick, in dem die Deckung des Finanzbedarfs schon für das laufende Haushaltsjahr überaus ungewiß erscheint, verfügt man großzügig durch geschenkwartige Hingabe an steuerpflichtige Unternehmer über 2,2 Milliarden des Steueraufkommens in den folgenden Jahren.

Das ist eine Spekulation auf die schnellen Auswirkungen eines erhofften, aber leider in keiner Weise gesicherten Wirtschaftsaufschwunges auf die öffentlichen Finanzen, die mit einer gefundenen Finanzpolitik nicht mehr das geringste zu tun hat.

Auf die Frage der rechtlichen Zulässigkeit des hier vorgesehnen Weges, auf die Frage der Gefahren der Marktstörungen durch das System der Subventionierung von Neueinstellungen, auch wenn sie nur auf Kosten von Minderbeschäftigung an anderen Stellen gehen, wollen wir im Augenblick ebensowenig eingehen, wie auf die Frage des komplizierten technischen Apparates, den man für dieses veräufelte Ankurbelungssystem benötigen wird.

Alle diese Pläne tragen den Charakter des Abenteuerismus und des wirtschaftlichen Dilettantismus. Nur in einem sind sie klar. In der Vertretung des privatkapitalistischen Unternehmerprinzips, in der Schaffung der Handhaben für rückwärtslosen Lohndruck und Droßelung der Massenkaufkraft. Wenn die Reichsregierung für das von ihr geplante Verordnungsrecht eine einheitliche Ueberschrift sucht, so wäre vom Standpunkte der Ehrlichkeit nur die Parole „Eigennutz geht vor Gemeinnutz“ zu empfehlen.

Für die Arbeiterklasse, für Gewerkschaften und Sozialdemokratie gibt es gegen dieses provokatorische Programm der Sozialreaktion nur eine Parole: **Schärfsten Kampf!** Jetzt brüllt die nationalsozialistische Presse: **„Zermalmende Lohnsenkungen! Finsterste Reaktion!“** Wem wir diese zermalmenden Lohnsenkungen, diese finsterste Reaktion verdanken, das hat der SA-Sturm so klar und deutlich ausgesprochen, als er am 24. August der Regierung Papen telegraphierte:

„Sie verdanken Ihre Existenz dem langjährigen Opfern todesmutiger SA gegen internationales Unternehmertum.“

Die Arbeiterklasse und alle Volkstreife, die unter der Sozialreaktion unmittelbar und mittelbar zu leiden haben werden, werden dieses Bekenntnis, wem sie die Baronsregierung verdanken, nicht vergessen.

Nachschrift der Redaktion: Die Frage der rechtlichen Zulässigkeit der mit den Steueranrechnungsscheinen beabsichtigten finanzpolitischen Manipulation dürfte in den weiteren Erörterungen eine sehr bedeutsame Rolle spielen. Der gegenwärtige Reichstag wird kaum bereit sein, die Rechtsgültigkeit des von der Regierung beabsichtigten Steuerergänzung anzuerkennen. Ob ein künftiger eher bereit sein wird, die von Herrn von Papen ausgegebenen Papiere als vollgültige Steuerzahlungsmittel anzuerkennen, ist zum mindesten höchst zweifelhaft.

Wahlrechtsänderung durch Volksentscheid?

Kein Spiel mit der Verfassung!

In der Presse ist jetzt die Behauptung aufgetaucht, die Regierung plane einen Volksentscheid auf Wahlrechtsänderung.

Die Reichsverfassung gibt der Regierung überhaupt nicht das Recht, den Volksentscheid anzurufen. Dieses Recht hat der Reichspräsident und ein Teil der Stimmberechtigten, der Reichsrat kann in einem Fall das Verlangen nach einem Volksentscheid aussprechen, wenn nämlich der Reichstag entgegen dem Einspruch des Reichspräsidenten eine Verfassungsänderung beschlossen hat. Der Reichspräsident kann zwar den Volksentscheid anordnen, er hat aber kein Recht zum Gesetzesvorschlag. Der Reichspräsident kann den Volksentscheid anordnen über ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz, anstatt es zu verkünden mit einer Frist von vier Wochen im Normalfall, mit einer Frist von drei Monaten, wenn der Reichstag entgegen einem Einspruch des Reichsrats mit Zweidrittelmehrheit beschlossen hat. Er kann ein Gesetz dem Volksentscheid unterbreiten, dessen Verkündung auf Antrag eines Drittels des Reichstags ausgesetzt ist, wenn ein Zwangsdrittel der Stimmberechtigten es beantragt.

Aber nie kann er einen eigenen Gesetzentwurf von sich aus dem Volksentscheid unterbreiten.

Die Gesetzesinitiative steht für den Volksentscheid nur einem Zehntel der Stimmberechtigten zu, das ein Volksbegehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfs stellen kann. Und wenn es in der Reichsverfassung heißt, über den Haushaltsplan, Abgabengesetze und Befolgsordnungen kann nur der Reichspräsident den Volksentscheid anordnen, so erweitert das nicht seine Funktion für diese Gesetze, sondern schließt sie lediglich vom Volksbegehren aus. In einem Fall kann der Reichspräsident den Volksentscheid auch anordnen, wenn es sich nur um einen Gesetzesentwurf handelt, wenn über diesen eine Meinungsverschiedenheit zwischen Reichstag und Reichsrat besteht.

In allen diesen Fällen wird das Volk zur Entscheidung über Gesetzesbeschlüsse des Reichstags aufgerufen, da die Gesetzesvorlage des Volksbegehrens zunächst an den Reichstag geht und dem Volksentscheid nur zu unterbreiten ist, wenn der Reichstag sie nicht unverändert angenommen hat. Der Wille des Reichstags wird dadurch besonders geschützt, daß seine Beschlüsse vom Volksentscheid nur aufgehoben werden können, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt.

Für die Wahlrechtsänderung läßt die Reichsverfassung also nur den Weg der Vorlage eines Gesetzentwurfs im Reichstag oder das Volksbegehren. Sollte die Regierung zum Beispiel die ihr nahestehenden Organisationen, Stahlhelm oder Deutschnationale Volkspartei, zu einem Volksbegehren veranlassen und sollte, was nach den letzten Wahlen unwahrscheinlich ist, das Volksbegehren die Einzeichnung von einem Zehntel der Stimmberechtigten erzielen, so müßte der Gesetzentwurf zunächst dem Reichstag zugeleitet werden. Der Reichstag muß während des Verfahrens also vorhanden sein.

Und weiter: die Reichsverfassung enthält das allgemeine gleiche, geheime, direkte Wahlrecht aller Männer und Frauen über zwanzig Jahre nach den Grundzügen der Verhältniswahl. Die Abschaffung des Wahlrechts für die noch nicht fünfundsiebenzigjährigen, das Mehrheitswahlrecht und Verfassungsänderungen, ebenso wie heute die Ausschließung der Unterstützungsempfänger vom Wahlrecht die Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts bedeuten würde.

Nach der Reichsverfassung bedürfen Verfassungsänderungen durch Volksentscheid der Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten.

Sie ist heute bestimmt nicht für den Ausschluß der Zwanzigjährigen vom Wahlrecht zu erreichen. Zudem hätte die verfassungstreue Bevölkerung, solange die Bindung an die Mehrheit der Stimmberechtigten besteht, jederzeit die Möglichkeit, einen oktroyierten Volksentscheid zu sabotieren. Von der qualifizierten Mehrheit absehen, hieße den Volksentscheid lächerlich und der Ottroyierung der Wahlrechtsänderung durch Verordnung ähnlich machen.

Da die Reichsverfassung genau bestimmt, unter welchen Formen ein Volksentscheid und eine Verfassungsänderung durchgeführt werden können, so wäre selbstverständlich eine Abänderung der Bestimmungen über den Volksentscheid oder gar des Wahlrechts mit Artikel 48 nach Wortlaut und Sinn der Reichsverfassung ein Verfassungsbruch.

Nach der Verfassung gibt es also einen Volksentscheid, angeordnet durch die Regierung, überhaupt nicht, angeordnet durch den Reichspräsidenten nur nach vorheriger ordentlicher Gesetzgebung, auf Volksbegehren auch nur nach Beschluß des Reichstags, bedürfen Verfassungsänderungen durch Volksentscheid der Zustimmung der Mehrheit der nach der Reichsverfassung und den geltenden Gesetzen Wahlberechtigten.

Wer demgegenüber so tut, als ob entscheidend sei, ob das Verhältnis- oder das Mehrheitswahlrecht besser ist, hat vom Wesen des Verfassungsstaates keinen Hauch verspürt. Wer einer Regierung solche Grundfrage der Verfassung überlassen will, kann ihr keinen Widerstand entgegensetzen, wenn sie das allgemeine gleiche Wahlrecht antastet. Beim Mehrheitswahlrecht ist für die Arbeiterklasse die Wahlkreisinteilung entscheidend. Soll sie beim Volksentscheid in einen Gesetzentwurf, zu dem es nur ein Ja oder Nein gibt, gepackt werden oder einer Ausführungsverordnung der Regierung überlassen werden? Die Frage stellen heißt die Antwort geben! Die Wahrung der Rechte der Arbeiterklasse, die uns anvertraut sind, verlangt die Innehaltung der Reichsverfassung. Allen Plänen und Andeutungen gegenüber sei einstweilen diese Feststellung gemacht: Die Bestimmungen der Reichsverfassung sind in dieser Frage einwandfrei klar. Niemand kann zweifeln, was der Verfassung entspricht und was Verfassungsbruch ist.

Hedwig Wachenheim.

Statistik des Glends.

Kommentar zu einer Kanzlerrede.

Aus der amtlichen preußischen Volkserstatistik für den Monat Juni 1932 entnehmen wir folgende Feststellungen:

Unter dem Druck des schwindenden Einkommens ist der Fleischverbrauch im Durchschnitt Preußens um 16,2 Proz. gegenüber dem Vorjahr zurückgeblieben. In den Provinzen mit starker Industriearbeiterbevölkerung ist der Rückgang des Fleischkonsums aber bedeutend stärker. In der Rheinprovinz beträgt der Rückgang 17,2 Proz., in Oberschlesien 23,2 Proz.

Der Flaschenmilchabfuhr, also der Absatz an hochwertiger Milch, beträgt jetzt nur noch zwei Drittel des Absatzes von 1931.

Ein besonders katastrophaler Absatzschwund zeigt sich in den Großstädten. In Brandenburg und Berlin verringerte sich der Flaschenmilchabfuhr um 70 bzw. 46 Proz.! Schleswig-Holstein, der Lieferant für Hamburg, Altona und Kiel, konnte nur noch 28 Proz. der Vorjahresmenge absetzen.

Den Kommentar der Reichsregierung zu diesen erschütternden Angaben über die Verelendung hat Papen in seiner Münsterrede gegeben. Er heißt: neuer systematischer Lohndruck und Steuerergänzung für die Privatwirtschaft.

Deutschnationaler Nothschrei.

Hilfe, die Nazis! — Aufräumungskommandos und Schädlingslisten.

Dem Hugenbergschen „Tag“ wird aus deutschnationalen Kreisen geschrieben:

Es ist möglich, daß die Führer der NSDAP, das nicht wollen und nicht wissen, das ändert aber nichts an der Tatsache, daß Führer von SA- und SS-Truppen sich mit großen Worten als Aufräumungskommandos brüsten, die nach „Listen“ mit den „Schädlings“ Schluch machen werden. In neuerer Zeit kann man in diesen Kreisen Urteile über den Reichspräsidenten, über Regierungsmitglieder und über nationale Führer hören, die einem die Haare zu Berge stehen lassen...

Wertwüdig! Solange es nur Margistentöpfe waren, die rollen sollten, hatte man nichts dagegen einzuwenden! Jetzt aber, wo es heißt, die Deutschnationalen seien noch schlimmer als die Nazis, entringt sich der bedrängten Brust der gepreßte Schrei: „Herr Hitler, das geht zu weit!“

Die „Kameraden“ wüten weiter.

Hitlers Edelmenschen veranstalten Ueberfälle

Schwerin, 29. August. (Eigenbericht.)

Im Nazi-Paradies Mecklenburg-Schwerin wurden in der Nähe von Ralswiek 20 Reichsbannerleute auf dem Heimwege von einem großen Trupp SA- und SS-Leuten mit Beilen, Messern und Knütteln überfallen. Der Reichsbannerführer Bierl wurde schwer verletzt. Auch mehrere andere Reichsbannerleute erlitten Verletzungen. In Gadebusch kam es zu einer Straßenschlacht zwischen SS-Leuten und Arbeitersportlern. 30 bis 35 SA-Leute marschierten den Arbeitersportlern, die in kleinen Truppen von einem Stützpunkt kamen, entgegen und überfielen sie. Von der SS-Führung wurde der

Befehl zum Angriff gegeben, und die Wut der braunen Mannen wurde von den Führern durch den Ruf gesteigert: „Feste druff! Haut die Lumpen!“ Fünf Arbeitersportler sind zum Teil schwer verletzt. Obwohl die Täterschaft nicht zweifelhaft ist, hat die Polizei noch keine Verhaftungen vorgenommen.

Wie fängt man Margisten?

SPD. — schwieriger Fall. KPD. — leichte Beute!

Im „Völkischen Beobachter“ untersucht Günter Adam, wie man von den 13 Millionen margistischen Wählern etwas für die NSDAP gewinnen kann. Dabei kommt er zu folgendem Ergebnis:

Die SPD. steht und fällt mit den freien Gewerkschaften. Die etwa vier Millionen freien Gewerkschaftler und ihre Familienangehörigen sind der größte Teil der SPD-Wähler. In diesen Gewerkschaften sind vornehmlich die älteren, gelernten Arbeiter organisiert, die zum Teil schon seit Jahrzehnten ihren Verbänden angehören.

Die Gewinnung dieser freigeschafften für den Nationalsozialismus wird die schwerste Aufgabe sein.

Die kommunistischen Wählermassen bestehen zum allergrößten Teil aus Erwerbslosen und den jüngeren, noch im Betrieb stehenden, vornehmlich ungelerten Arbeitern. Das Schwanken der kommunistischen Wählerzahlen bei der ersten und zweiten Reichspräsidentenwahl sowie bei der Preußen- und Reichstagswahl zeigt uns, wie gering die organisatorische Kraft der kommunistischen Partei ist, und auf wie schwachen Füßen die kommunistischen Phrasen stehen.

Es wird uns Nationalsozialisten bedeutend leichter fallen, einen Kommunisten zu werben als einen Sozialdemokraten.

Ein Kompliment, das sich die KPD. hinter den Spiegel stecken kann! Und der Mann, der es macht, spricht aus Erfahrung!

Ohne Hitler kein Papen!

Nationalsozialistisches Schuldbekenntnis.

Zur Rede Papens in Münster wird von nationalsozialistischer Seite wörtlich folgendes ausgeführt:

Herr von Papen verkennt hier seine „autoritative Stellung“ etwas.

Ohne die Borarbeit Adolf Hitlers säße Herr von Papen heute nicht im Sessel des Reichskanzlers!

Wenn Herr von Papen gegen die roten Bonzen Preußens vorgehen konnte, dann nur, weil der Nationalsozialismus ihm den Boden rein Stimmungsmäßig im Volke bereitet hat.

So zu lesen im „Freiheitskampf“, amtlicher Tageszeitung der NSDAP, Gau Sachsen, Nr. 202, vom 29. August. „Je mehr Nazis im Reichstag, desto mehr Barone in der Regierung. Je mehr Barone in der Regierung, desto mehr Lasten für das Volk“, so sagten sozialdemokratische Aufrufe zur letzten Wahl.

„Ohne Hitler kein Papen!“ bestätigt jetzt die nationalsozialistische Presse.

Der Reichsleiter des Kampfbundes gegen den Faschismus verhaftet. Der ehemalige Bezirksleiter der KPD. in Württemberg, Schaffer, der in seiner Eigenschaft als Reichsleiter des Kampfbundes gegen den Faschismus vorübergehend in Stuttgart weilte, ist am Sonnabend dort verhaftet worden. Ueber die Gründe der Verhaftung war keine Auskunft zu erlangen.

Abschied im Reichstag.

Löbe verabschiedet sich vom Reichstagspersonal.

Reichstagspräsident Löbe, der mit dem Zusammentritt des neuen Reichstags sein Amt als Präsident niederlegt, versammelte am Montag nachmittag die Beamten und Angestellten der Reichstagsverwaltung um sich und verabschiedete sich von ihnen mit einer kurzen Ansprache. Er dankte zunächst seinen Mitarbeitern für ihre treue Hilfe und fuhr dann fort: „Ich habe meinerseits versucht, stets ein gutes Einvernehmen zwischen uns herzustellen, uns als einen Körper aufzufassen, der an einer gemeinsamen Aufgabe wirkt, nicht in dem Verhältnis von Vorgesetzten und Untergebenen, sondern von Mitarbeitern an einer gemeinsamen Aufgabe. Es gereicht mir zur besonderen Freude, daß es mir während meiner Amtszeit gelungen ist, manche kleinen Fortschritte für diejenigen zu erzielen, die es am nötigsten hatten, eine Sicherung ihrer Existenz herbeizuführen, so daß sie nicht alljährlich das Gespenst der Entlassung und der Arbeitslosigkeit bedrohte. Wir trennen uns nicht gänzlich; ich bleibe als Abgeordneter hier und wir werden uns noch weiter begegnen. Ich wünsche deshalb, daß wir weiter zusammenarbeiten können, ich möchte sagen, in der normalen Weise, wie es bis vor einigen Jahren möglich gewesen ist. Am übrigen wünsche ich jedem einzelnen von Ihnen Wohlergehen für Ihr weiteres Leben.“

Der Direktor beim Reichstage, Geheimrat Galle, sprach dem scheidenden Präsidenten den Dank des Personals aus. Er erinnerte daran, daß gelegentlich außerordentliche dienstliche Anforderungen an Beamte und Angestellte des Reichstags gestellt worden seien und daß sie sich seit zehn Jahren auch eine wesentliche Beschränkung ihrer Lebenshaltung hätten gefallen lassen müssen. Wenn trotzdem jeder gern seinen Dienst getan habe, so nicht allein in dem erhebenden Bewußtsein, an hervorragender Stelle der Reichsverwaltung arbeiten zu können, sondern auch weil Präsident Löbe ein Beispiel unermüdblicher Hingabe gewesen sei. Trotz außerordentlicher geschäftlicher Anspannung habe der Präsident für alle ein freundliches Gehör gehabt, die mit Beschwerden zu ihm kamen, er habe mit Freundlichkeit und Nachsicht gelegentliche Verletzungen gerügt. Das alles werde ihm unvergessen sein. Galle schloß mit den aufrichtigsten Wünschen für die Gesundheit und die weitere Tätigkeit des Reichstagspräsidenten, dem die Beamten und Angestellten ein herzliches „Auf Wiedersehen“ nachriefen.

Adolf I. empfängt.

Gelöbnis der Nazifraktion im „Kaiserhof“.

Wie Wilhelm II. einst den Reichstag im Weißen Saal, so empfängt jetzt Adolf I. bei jeder Reichstagsöffnung seine Fraktion im „Kaiserhof“. Dort erschienen gestern die 230, und nach einer Huldigungsrede Friedl nahm der oberste Führer höchstselbst das Wort zu einer seiner beliebtesten Schwägerereien, in der er nochmals versicherte, daß der Sieg absolut gesichert und nur noch eine Frage der Zeit sei, der er niemals mit mehr Ruhe und Zuersticht entgegengehe als heute. Weiter führte Hitler aus:

Wenn er die Haltung einzelner Persönlichkeiten der Regierung auch zu würdigen wisse, so hätten sie doch alle außer einem (Schleicher! D. Red.) nur ihren Namen einzusetzen. Hinter der NSDAP. ständen aber 14 Millionen mit grenzenlosem Vertrauen (immer noch? D. Red.). Wenn man diese Selbsterschätzung — wie Papen — als Zügellosigkeit bezeichne, so nehme die NSDAP. diese „Ueberheblichkeit“ vor der Geschichte auf sich. Zum Beutheuerer Urteil sagte Hitler unter anderem: „Wer für Deutschland kämpft und lebt und stirbt, hat alles Recht; und wer sich gegen Deutschland wendet, hat gar kein Recht.“

Die Fraktion der 230 werde ein Beispiel grenzenloser Disziplin geben, ganz gleich, auf welcher Ebene sie stehen werde, kapitulieren werde sie nicht.

In dieser Art ging es weiter, bis am Ende pflichtschuldig der Begeisterungsturm einsetzte. Dann legten der Fraktionsführer Friedl und nach ihm jedes Mitglied das Gelöbnis in die Hand des Führers, „in unverbrüchlicher Treue und allezeit wie ein Mann hinter ihm zu stehen“.

Hitl. sagt: „Denkwürdige Sitzung!“

Zentrum gegen Papen.

Eine Entschließung der Reichstagsfraktion.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags nahm am Montag einstimmig eine Entschließung an, in der die Richtlinien gebilligt werden, die am 11. August von den Abgeordneten Joos und Holz dem Reichskanzler vorgetragen worden sind. Im Verfolg dieser Haltung fand auch die Sonntagsrede des Reichskanzlers in Münster über die Bemühungen des Zentrums grundsätzliche Ablehnung.

In einer dazu angenommenen Entschließung heißt es wörtlich: „In der klaren Erkenntnis, daß jede Regierung, ohne Mehrheit und Vertrauen in der Volksvertretung zu bestehen, notwendigerweise auf eine abschüssige Bahn kommen muß, arbeitet die Zentrumsfraktion, unbeflümmelt um Drohungen und Einschüchterungen, ihrerseits mit an der Schaffung einer Regierung, die sich auf eine klare Mehrheit des Parlaments stützen kann und gewillt ist, mit ihm zusammenzuarbeiten, geleitet von dem Gedanken, daß es verfassungsmäßig unmöglich und für das Reich verderblich ist, eine Reichstagsauflösung nur deswegen zu beschließen und vorzubereiten, weil der gegenwärtigen Regierung die Mehrheit verlagert bleibt.“

Auch die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags trat am Montagabend zu einer Sitzung zusammen, in der vor allem auch die koalitionspolitische Lage in Preußen erörtert wurde. Abg. Dr. Graß berichtete über den Stand der mit den Nationalsozialisten geführten Koalitionserörterungen, die entgegen der ursprünglichen Annahme am Montag noch nicht zum Abschluß kamen, vielmehr am Dienstag fortgesetzt werden sollen. Die Aussprache der Zentrumsfraktion soll gleichfalls am Dienstag weitergehen. Beschlüsse wurden bisher nicht gefaßt.

Drei Jahre für ein Menschenleben!

„Untermensch“ wird „Edelmensch“ und erschießt früheren Parteifreund!

Hensburg, 29. August.

In dem Prozeß vor dem Hensburger Sondergericht wurde am Montagnachmittag das Urteil gegen den früheren Kommunisten, jetzigen Nationalsozialisten Kurdjel aus Bessleben gefällt. Kurdjel wurde wegen Verleumdung an dem Kommunisten Wiebe zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Kurdjel

Den Verleumdern auf den Fersen.

Crispien und Dittmann gegen schamlose Verdächtigungen.

Die Genossen Arthur Crispian und Wilhelm Dittmann werden von der nationalsozialistischen Verleumdungskompanie mit besonderer Aufmerksamkeit beehrt. Sie hatten gegen eine besonders bössartige Verleumdung der Wochenchrift „Friedericus“ bereits eine fastige Berichtigung geschrieben. Das Subelblatt hielt die Verleumdung aber frech aufrecht. Darauf erhielt es jetzt die folgende neue Berichtigung:

In Nr. 35 des „Friedericus“, 4. Augustausgabe 1932, veröffentlichten Sie unter der Ueberschrift „Crispien und Dittmann“ einen Artikel, in dem Sie unsere Berichtigung vom 15. August d. J. abdruckten und die alten sowie neue unwahre Behauptungen aufstellten.

Sie lassen Herrn Karl Fellen seine unwahren Behauptungen über unseren angebliehen Besuch im amerikanischen Spionagebüro in Chaumont im Jahre 1917 wiederholen und ihn dazu behaupten, wir hätten uns mit falschen Pässen und unter falschem Namen vorgestellt. Wir erklären nochmals, daß wir niemals in Chaumont waren, nie mit Spionagebüros in Verbindung gefanden haben und setzen hinzu, daß wir nie mit falschen Pässen unter falschem Namen im Ausland gewesen sind. Wir stellen außerdem fest, daß wir uns von der sozialdemokratischen Redakteurkonferenz im September 1914 in Berlin ab während des ganzen Krieges überhaupt nicht gesehen sowie keinerlei Beziehungen miteinander unterhalten haben und daß erst vom Märzparteiabend der USPD. 1919 ab, wo Crispian in den Vorstand der USPD. gewählt wurde, dem Dittmann bereits seit 1917 angehörte, unsere nähere Bekanntschaft und gemeinsame politische Zusammenarbeit datiert.

Sie behaupten wahrheitswidrig, Dittmann habe „es verstanden, während des ganzen Krieges als unabhörmlich durchzuhalten“. Dittmann wurde 1915 zum Kriegsdienst eingezogen und stand bei einer Landsturm-Pionierpattkompanie in Jelowa vor Danaburg.

Sie behaupten, Dittmann habe in der ersten Berichtigung die „Dummheit“ begangen, das „Geständnis“ zu machen, Delegierter des Internationalen Sozialistenkongresses in Marseille 1925 gewesen zu sein. In Wahrheit hat Dittmann damit nur einen jederzeit aus dem Kongressprotokoll feststellbaren Tatbestand erwähnt, den zu verheimlichen er nie eine Ursache hatte.

Sie behaupten, Dittmann habe „in der zweiten Instanz des sogenannten Magdeburger Prozesses genau das Gegenteil von dem befohlen, was er in der ersten Instanz mit feierlichem Eid bekräftigt hatte“. Es hat nie eine zweite Instanz des Magdeburger Prozesses gegeben und Dittmann hat nie das Gegenteil dessen befohlen, was er vorher unter Eid ausgesagt hatte.

Sie behaupten, Dittmann habe bestritten, „die Matrosenmeuterei mit angestiftet zu haben, obwohl der kriegsgerichtliche zum Tode verurteilte und durch Erschießen hingerichtete Matrose Reichpietsch ebenso das Gegenteil behauptete, wie es der mit Reichpietsch gemeinsam zum Tode verurteilte, aber begnadigte frühere Oberheizer Sachs noch heute tut“. Die Unwahrheit dieser Behauptung hat der vierte Untersuchungsausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstags in seiner vom Admiral

Brüninghaus und vom Grafen Eulenburg mitgefaßten Resolution vom 1. März 1928 mit folgenden Worten festgestellt:

„Ein Beweis dafür, daß führende Persönlichkeiten der USPD. die Absichten der Matrosen gekannt und gebilligt oder die Matrosen zu ihren Handlungen angereizt hätten, ist nicht erbracht worden. Die in Frage kommenden Mitglieder der USPD. sowie die vor dem Ausschuß vernommenen Führer der Bewegung haben bestritten, daß ihre Handlungen von der USPD. veranlaßt worden seien, ebenso der erschossene Matrose Reichpietsch noch nach seiner Beurteilung zum Tode.“

Sie lassen Fellen behaupten, Crispian habe in Chaumont „damit gepöbelt, es sei ihm ein leichtes, sich selbst für zwei Wochen von seiner Truppe zu entfernen, wenn er nur über genügend Geldmittel verfüge“. Weder in Chaumont, wo er niemals gewesen ist, noch irgendwo anders hat Crispian eine solche, seine militärischen Vorgesetzten als korrupte, bestechliche und käufliche Subjekte diffamierende Äußerung getan.

Berlin, den 29. August 1932.

Arthur Crispian. Wilhelm Dittmann.

Die dreisten Verleumdungen entspringen der Spekulation, die Sozialdemokraten würden vor den Gerichten in kurzer Zeit vogelfrei sein, wie das offen in dem Artikel ausgesprochen wird. Der große Enthüller des „Friedericus“ sucht der auf der Hand liegenden Frage, weshalb er erst jetzt, 14 Jahre nach dem Kriege, mit seinen Behauptungen herauskomme, damit zu begegnen, daß er Angst gehabt habe, durch die „marxistisch beeinflussten Regierungen in eine Kerkerzelle gebracht“ zu werden! „Aber kommt der Tag“, jetzt er bezeichnenderweise hinzu.

Aber er vergißt zu sagen, warum er nicht schon 1917 im Kriege, wo er doch keine Angst vor „marxistisch beeinflussten Regierungen“ zu haben brauchte, die Strafverfolgung von Crispian veranlaßt habe, wie es doch seine Pflicht war, wenn an seinen Behauptungen wirklich etwas Wahres wäre. Mit dieser Unterlassung beschuldigt er sich selber eines schweren Verbrechens.

Wie gemeingefährlich die systematische Verleumdungskampagne ist, erhellt weiter daraus, daß der angebliche Gewährsmann des „Friedericus“ nunmehr auch den Genossen Dr. Breitscheid — der ebenfalls zum Kriegsdienst eingezogen war — beschuldigt, „mehrfach persönlich im amerikanischen Spionagebüro vorgeprochen und ungeniert und regelmäßig in den Geschäftsräumen der Deutschen Sozialrevolutionären Partei in Paris (offenbar ein Phantasieprodukt) verkehrt“ zu haben.

Wenn endlich wird der Reichskommissar Dr. Bracht der Aufforderung der Genossen Crispian und Dittmann entsprechen und im öffentlichen Interesse gegen diese Verleumdungen einschreiten? Oder liegt kein öffentliches Interesse vor, wenn bekannte Politiker fortgesetzt der ungeheuerlichsten Verbrechen im Kriege beschuldigt werden? Sollen Sozialdemokraten wirklich vogelfrei sein?

Immerhin ...!



„Blut des Bürgerkriegs austreten“ — schön gefagt!
Aber wär's nicht besser gewesen, sie gar nicht erst
brennen zu lassen?



Tat sei vor dem Erlass der Notverordnung zur Terrorbekämpfung begangen worden. Außerdem habe das Gericht nicht Mord, sondern Totschlag als Affekthandlung angenommen. Der Staatsanwalt hatte die Tat des Kurdjel als „feig und gemein“ bezeichnet und zwölf Jahre Zuchthaus beantragt. An diesem Antrag gemessen, ist der jetzige „Edelmensch“ sehr billig davongekommen.

Schießerei in Charlottenburg.

Mehrere Verletzte. — Nazitotal ausgehoben.

In der Röntgenstraße in Charlottenburg spielte sich kurz vor Mitternacht eine wilde Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten ab. Mehrere an der Schießerei Beteiligte wurden schwer verletzt und durch das Städtische Rettungssamt ins Wristend-Krankenhaus übergeführt. Als das alarmierte Ueberfallkommando in der Röntgenstraße eintraf, hatten sich die Nationalsozialisten in ihr dortiges Versteckstotal zurückgezogen. Die Kommunisten hatten die Flucht ergriffen, und es war ihnen gelungen, im Dunkel der Seitenstraße zu entkommen.

Von der Polizei wurde das Naziversteckstotal durchsucht und dabei wurden zwei geladene Pistolen und mehrere Stich- sowie Hiebwerkzeuge gefunden. 35 anwesende Nationalsozialisten, zum größten Teil SA-Leute, wurden festgenommen und der Politischen Polizei im Polizeipräsidium übergeben.

Die Namen und die Parteizugehörigkeit der Verletzten stehen zur Stunde noch nicht fest.

Zinsenkung für Auslandskredite.

New York, 29. August.

Die amerikanischen Gläubiger Deutschlands haben den Zinsfuß für 200 Millionen Dollar von insgesamt 400 Millionen Dollar kurzfristiger Kredite von 6 Proz. auf 5 Proz. herabgesetzt.

Ost und West vom Pazifik.

USA. und die Anerkennung der Sowjetunion.

London, 29. August.

Dem „Times“-Korrespondenten in Washington zufolge erwägt das Staatsdepartement eine ursprünglich von Rabel in Gesprächen mit amerikanischen Militär- und Marinefachverständigen in Genf gemachte Anregung, wonach die Vereinigten Staaten eine Kommission nach Sowjetrußland schicken sollen, um die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung zu prüfen; seinerzeit sei der Anregung kein besonderes Gewicht beigelegt worden; aber jetzt hätten ihr die Ereignisse im Fernen Osten größere Bedeutung gegeben. In Genf habe die USA-Delegation den Sowjetvertretern erklärt, daß, falls Sowjetrußland die Dritte Internationale preisgeben würde, die Vereinigten Staaten zur Anerkennung bereit seien. Die Frage des beschlagnahmten amerikanischen Eigentums in Rußland und die Frage der Bezahlung der Kerenski-Anleihen hätten keine Bedeutung mehr. Rußland habe geantwortet, daß die Sowjetregierung keine Propaganda in USA treiben werde, aber eine Abschaffung der kommunistischen Internationale sei unmöglich.

Schupo in höchster Bereitschaft.

Landtag und Reichstag stark geschützt. — Sicherung der Innenstadt.

Wie immer an großen Parlamentstagen wird auch heute die Berliner Schupo der Innenstadt ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Das wird heute, wo der Landtag um 13 Uhr, und zwei Stunden später der Reichstag um 15 Uhr zusammentreten, in ganz besonderem Maße der Fall sein. Die Umgebung des Reichstags wird in der üblichen Weise durch eine Polizeifette besonders gesichert sein. Das gleiche gilt für die Straßen um den Landtag. In beiden Fällen unterstützt die Leitung der Absperrungsmaßnahmen dem Polizeikommando Gruppe Mitte der Schupo.

Für eine gewisse Zeit besteht höchste Bereitschaft, um auf alle Fälle gegen etwaige Störungen, die von rechts- oder linksradikaler Seite kommen können, gerüstet zu sein. Der Polizeifordon umfährt in erster Linie die Bannmeile. Neben den bekannten Schildern, die die Grenze des Bannkreises in allen Stadtteilen anzeigen, werden verstärkte Schupo-Posten überall eingesetzt. Vom Reichstag bis zum Landtag werden außerdem Polizeipatrouillenwagen und berittene Schupo-Posten fortwährend die Straßen unter Beobachtung halten.

Diese Polizeimaßnahmen erscheinen in Anbetracht der politi-

schen Hochspannung als durchaus notwendig. Die Polizei wird in keinem Falle unerlaubte Ansammlungen oder Demonstrationen dulden. Man wird alles daran setzen, um ähnliche turbulente und beschämende Szenen, wie sie bereits wiederholt von den Nationalsozialisten in der Umgebung des Reichstages und Landtages entfesselt worden sind, zu verhüten.

Wieder gehen, wie vor einiger Zeit, im Publikum die Gerüchte von einer Konzentration der Hitler-Gardisten und einen „Marsch auf Berlin“ um. Man geht offenbar nicht fehl in der Annahme, daß diese Gerüchte von den Halenkreuzern selbst in durchsichtiger Weise ausgestreut werden, um Unruhe zu schaffen. Die Berliner Polizei versichert, für alle Eventualitäten gerüstet zu sein.

Reichstags-Tribünenarten vergriffen.

Wie vom Büro des Reichstags mitgeteilt wird, sind zur heutigen Eröffnungssitzung des Reichstags sämtliche Tribünenarten vergriffen. Auch an der amtlichen Kartenausgabestelle des Reichstags werden morgen keine Karten mehr zu haben sein. Es werden daher Zutritt zum Hause nur Personen finden, die bereits im Besitz von Tribünenkarten oder von amtlichen Ausweisen zum Betreten des Reichstagsgebäudes sind.

Unangenehme Junckfreunde.

Ausstellung als Magnet für Taschendiebe.

Die große Anziehungskraft der am Sonntag beendeten Junckausstellung auf ausländische Besucher, die eigens nach Berlin gefahren waren, um die Errungenschaften der deutschen Radioindustrie kennenzulernen, hat sich auch auf fremdländische Gäste einer anderen „Branche“ ausgewirkt. Ihr Interesse war allerdings nicht auf die Empfangs- und Sendearäte und „drahtloses“ Fernsehen gerichtet, sondern vielmehr auf die Briefstaschen des Ausstellungspublikums.

Die Kriminalpolizei, die auf diese geschäftstüchtigen Reisenden gerechnet und einen besonderen Ueberwachungsdienst eingerichtet hatte, konnte am 26. August einen äußerst rührigen Vertreter dieser Junck, einen 32jährigen Polen Emanuel Messer, festnehmen und gestern dem Schnellgericht vorführen. Der Angeklagte, der in Deutschland und fast allen anderen Ländern des Kontinents erhebliche Strafen erhalten hatte und in dieser Beziehung beinahe mit seinem Namensvetter Macke Messer aus der Dreigroschenoper konkurrieren konnte, war nur wegen der Junckausstellung nach Berlin gekommen. In den Räumen der Ausstellung fiel er jedoch den Beamten bald auf, so daß seine Festnahme erfolgte. Der Dieb wurde zu 1 Jahr und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt, um ihm vor Augen zu führen, daß die auf der Junckausstellung bewunderten „Sperrgitter“ und „Sperrtreise“ auch eine unangenehmere Bedeutung haben können.

Zeichen der Zeit.

Einer, der wieder ins Gefängnis will.

Um wieder ins Gefängnis zu kommen, hatte der Arbeitslose **W r z n t** eine Scheune bei Berneuchen angezündet. **W.** stammt aus Beuthen und obgleich er deutscher Staatsangehöriger ist, beherrscht er die deutsche Sprache so schlecht, daß er hier als Pole angesehen wurde und keine Arbeit fand. Aus Verzweiflung hierüber legte er den Brand an, um im Gefängnis Unterkunft zu finden. Auf Grund seiner schweren Vorstrafen verurteilte die Ferienstrafkammer des Landgerichts II den Angeklagten **W r z n t** wegen Brandstiftung zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte nahm die Strafe sofort an.

Straßenjagd hinter Autodieb.

Schüsse auf die Verfolger.

Im Berliner Westen spielte sich gestern Abend eine aufregende Jagd hinter einem flüchtenden Autodieb ab. Nach längerer Verfolgung konnte der Täter gestellt und der Polizei übergeben werden.

An der Eke Pariser und Emser Straße stand gestern Abend einige Zeit ein unbewachtes Privatauto. Die Gelegenheit machte sich ein Autodieb zunutze. Der Täter hantierte längere Zeit an dem Auto, ehe es ihm gelang, den Wagen in Fahrt zu bringen. Das seltsame Verhalten des Mannes hatte die Aufmerksamkeit eines Chauffeurs erregt, der ein Stück weiter mit seinem Auto hielt. Gerade als der Chauffeur auf das Auto zugehen wollte, gab der Fremde Gas und fuhr in rasender Fahrt davon. Kurz entschlossen nahm der Mann die Verfolgung des Flüchtlings auf. Nach wilder Jagd durch mehrere Straßen holte der Chauffeur den Dieb ein. Als der Bursche erkannte, daß es für ihn kein Entkommen mehr gab, sprang er aus dem Wagen, zog eine Pistole und feuerte auf seinen Verfolger zwei Schüsse ab, die ihr Ziel verfehlten. Inzwischen waren Passanten auf den Vorfall aufmerksam geworden. Es gelang ihnen, im Verein mit dem Chauffeur den bewaffneten Autodieb festzunehmen und ihn einer Polizeistreife zu übergeben. Der Täter wurde zur nächsten Wache gebracht, wo er Angaben über seine Person verweigerte. Die Kriminalpolizei hat die weiteren Ermittlungen aufgenommen.

43. Polizeirevier eine Anerkennung des zur Zeit amtierenden kommissarischen Polizeipräsidenten wegen tüchtigen und unerschrockenen Verhaltens im Dienste.

Ueberfall auf finnische Lappo-Bank. Auf die finnische Lappo-Spartasse in Helsingfors wurde am Montag früh ein dreifacher Ueberfall verübt. Als die Kassiererin am Morgen die Räume der Bank öffnen wollte, wurde sie von einem Räuber überfallen und bewußtlos geschlagen. Dem Räuber gelang es, mit der Kasse, die insgesamt 300000 finnische Mark enthielt, zu entkommen.

Das Ende einer Einbrecherbande.

Anerkennung für das Ueberfallkommando „Messestadt“.

Vor kurzer Zeit bemerkten Bewohner einer Grunewaldvilla, daß sich Einbrecher Zutritt verschafft hatten. Das alarmierte Ueberfallkommando rückte an; die Täter waren unter Juriauflassung ihrer Beute im Werte von 10000 M. aber geflüchtet. Die Beamten nahmen nun eine systematische Durchstreifung des Geländes vor und es gelang ihnen unter schwierigen Umständen, in der Dunkelheit zwei bewaffnete Mitglieder der Bande zu stellen.

Durch die Festnahme der beiden Täter kam die Kriminalpolizei auf die Spur der übrigen Mitglieder der Bande, die das Grunewaldgebiet monatelang unsicher und reiche Beute gemacht hatte. Der kommissarische Polizeipräsident Dr. Meißner hat den Beamten des Ueberfallkommandos „Messestadt“, den Oberwachmeister **V ö f f l e r** und **S a a l f r a n k** sowie den Wachmeister **S t e i n k e**, **J a n k o w s k i**, **K o h l s a a t** und **R e e d w i s c h** für ihre erfolgreiche Arbeit seine besondere Anerkennung ausgesprochen. Polizeiwachmeister **P a u l K r e g** von der Bereitschaft **T e g e l** erhielt eine Belobigung, weil er zwei mit Pistolen bewaffnete junge Burschen, die in eine Butterhandlung eingedrungen waren und die Kasse rauben wollten, unter schwierigen Verhältnissen festnahm. Schließlich erhielt noch Polizeioberwachmeister **D e h i t e** vom

Berlins Flucht vor der Hitzewelle

Freibad im Teltowkanal

In diesen sommerlichen Tagen, die uns eine Tropenhitze bescheren, hat die Zahl der Freibadfreunde immer mehr zugenommen. Die lange Arbeitslosigkeit hat es vielen unmöglich gemacht, eines der vorbildlichen Freibäder aufzusuchen, die die Stadt Berlin an ihren Seen errichtet hat. So wird denn jedes Wasser zu einem Freibad, das ohne Gefahr benutzt werden kann. Selbst im Innern der Stadt entwickelt sich zuweilen an den „Gestaden der Spree“ ein lustiger Badebetrieb. Das ist auch für die Zuschauer ein Gaudi. Niemand stört sich an diesem großstädtischen erfreulichen „Badebetrieb“. Auch an den Ufern des Teltowkanals hat sich ein richtiges Badeleben entwickelt. Es fehlt dabei weder an den Zeitungs- und Limonadenverkäufern, noch an Bäckerjungen und den Männern mit den warmen Würstchen. Ueberall, wo sich Menschen versammeln, wird es irgendeinen geben, der eine Verdienstmöglichkeit rittert und ausnützt. Zur Beruhigung des Herrn **D r.** **B r a c h t** sei auch noch mitgeteilt, daß die Badenden sehr „moralisch“ im Sinne der bekannten Notverordnung sind. Alles ist mit vorschriftsmäßigen Badekostümen bekleidet, und es gibt keinen, der „Anstöß“ nähme. Nur die ganz Kleinen werden als



neutral betrachtet. Und auch das ist ein ganz gesunder Zug im Volke. Im übrigen kann man hier seine Erfahrungen sammeln, wie das Volk zum Nacktbaden steht: „Wenn wa alleene wärn, würden wa ohne die olle Badehose ins Wassa jehn. Aba so jehet det ja nich.“ Das denken die meisten und handeln danach. Herr **B r a c h t** kann ruhig sein...



Warum ist Juno Ihre Lieblingsmarke?

Weil feststeht, daß die stets gleichbleibende Güte, Frische und aromatische Mischung unserer

Juno

unübertrefflich ist.

Um dieser guten **Josefetti**-Cigarette weiterhin ihre anerkannte Qualität zu erhalten, müssen wir auf Zugaben in Form von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickerereien verzichten. Wer Juno raucht, genießt in vollen Zügen!



Erntesege im Brachland.

Die Köpener Kleingärtner stellen aus.

Wenn Kiefernblüten und Kürbisse, saftstrotzende Birnen und pralle Tomaten, leuchtende Dahlien und die anderen Spätsommerblumen den Ausstellungstisch der Kleingärtner zieren, so liegt hinter diesem gärtnerischen Erfolg eine lange Kette mühevoller Arbeit.

Des Kleingärtners Arbeit birgt einen zähen Kampf gegen viele feindliche Elemente: da ist zuerst der Boden, meist ödes, sandiges Brachland, dem es den Ertrag abzutragen gilt, und dann der mögliche Gelddiebstahl; da hieße es, viel und richtigen Düng kaufen, Pflanzen, Bäumen und was eben zu solch kleiner Landwirtschaft unbedingt dazu gehört. Aber wie soll man das machen bei der knappen Unterstützung? Da sind beispielsweise von den rund 1000 Köpener Kleingärtnern gut 40 Proz. erwerbslos. Da heißt es eben die Beine in die Hand nehmen, um sich all das, was sehr muß, irgendwo zusammenzutragen. Gute Kammeradschaft unter den Kolonisten ist vonnöten, und so hilft man sich gegenseitig mit dem Wenigen aus, das man hat, tauscht die Sämlinge, damit nicht alle 1000 Mann daselbe pflanzen. Die Obstbaumfrage ist auch ein Kapitel Finanztechnik; erstmal hat man

Der Selbstmord des Richters.

Die Tragödie des Lübecker Amtsgerichtsrates.

Zum Selbstmord des Calmette-Prozess-Vorsitzenden Dr. Wibel — wie haben in der Abendausgabe bereits darüber berichtet — werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Dr. Wibel hatte sich bei Hamburger Verwandten aufgehalten und erschien am Sonnabendnachmittag in einem bekannten Hotel am Hauptbahnhof, um sich ein Zimmer zu mieten. Er ging dann noch einmal fort, kehrte nach kurzer Zeit zurück und ließ sich im Hause nicht wieder sehen. Die Zimmermädchen klopfen wiederholt am Sonntagmorgen an seine Tür, schöpften aber erst am Nachmittag Verdacht. Als die Leitung des Hotels die Tür aufbrechen ließ, fand man Wibel erschossen auf, die Pistole in der Hand. Wahrscheinlich war der Tod bereits am Sonnabendnachmittag eingetreten. Der Schuß ist nicht im Hotel gehört worden. Von einer Verwandten Dr. Wibels wird berichtet, daß dieser keinerlei Anzeichen geistiger Störung gezeigt habe. Er sei ruhig wie stets gewesen. Sonnabendmittag habe er das Haus, wie gewöhnlich, zu einem Spaziergang verlassen.

Selten hat ein Prozeß so sensationell in den Kreisen der Wissenschaft gewirkt, wie der Lübecker Prozeß gegen zwei Ärzte, in dem juristische Fragen zeitweise zurücktraten, weil man sich über den rein medizinischen Tatbestand nicht einigen konnte; selten hat auch ein Prozeß soviel Opfer gefordert, soviel Tragödien verursacht, wie dieser furchtbare Kampf verzweifelter Eltern um ihr Recht und angehefteter Wissenschaftler um Calmette. Der Tod 76 unschuldiger Kinder lastete schwer auf den Schultern der Richter, von denen man reifliche Aufklärung und Gerechtigkeit in einem Fall verlangte, über den sich Autoritäten stritten und der die ganze Welt außer Atem hielt; in der gespannten Atmosphäre der Verhandlungen kam es immer wieder zu den erregendsten Entschärfungen der Leidenschaft, von denen der plüßliche, merkwürdige Selbstmord des Rechtsanwalts Dr. Föhner, eines der Verteidiger von Dege, eine der bedingtesten war. Nun hat auch der Vorsitzende des mit größter Verantwortung belasteten Gerichts zur Waffe gegriffen.

Der Film „Kameradschaft“

den jeder Genosse und jede Genossin gesehen haben muß, wird im Planetarium in der Zeit vom 30. August bis einschl. Sonntag, dem 11. September, gespielt.

„Kameradschaft“ behandelt ein deutsch-französisches Bergwerkunglück. U. a. spielt Fritz Kampers mit.

Im Bezirksauschuß für sozialistische Bildungserbeit, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen, gibt es Vorzugskarten zu 50 Pf., Erwerblosene 25 Pf. Da der Film vom Spielplan abgesetzt ist, bitten wir die Genossen, für „Kameradschaft“ im Planetarium tüchtig Propaganda zu machen und Vorzugskarten anzufordern.

die dazu gehörige 1,75 M. nicht und dazu noch die ständige Angst des Herunternehmens vom Land, so daß man nie weiß, ob man im nächsten Herbst noch aberntern kann. Auch der Torfmuß ist ein großes Sorgenkind. Da springt der Bezirksverein ein, der die nötigen Bedarfsartikel einkauft und es dem einzelnen so möglich macht, seinen Torfmuß in wöchentlichen 50-Pf.-Raten abzustottern. Mühsam wird eben Stück für Stück zusammengetragen; so mancher Großhändler vom ohnedies mageren Küchenzettel abgespart; dafür verwenden sich dann nach und nach Rosen, Gladiolen und Astern in Weißholz und Röhrläben, und wenn man auch vom Eigenholz nicht fett wird, ein bißchen hilft es doch. Mit dem Obst ist in diesem Jahr nicht allzuviel los, es regnete zuviel zu einer Zeit, wo es nicht regnen sollte. Das Beerenobst geriet gut, aber Kern- und Steinobst ist nicht nach Wunsch. Die Parasiten haben viel Schaden an der Obstflur angerichtet, und wenn eben von zwei oder drei Bäumen die Hälfte schlecht trägt, so merkt man das.

Was sich mit Fähigkeit und Fleiß aus dem arbeitslosen Boden herausheben läßt, das haben die Träger des 1. Preises (Platette der Stadt Berlin), die Kolonisten des Vereins Grünauer Straße, gezeigt. Die fügen auf dem Baggerland des Lützowkanals und haben Blumen von einer Pracht und Fülle gezogen, daß man staunen muß. Aber auch die anderen haben prächtige Erzeugnisse geliefert. Glanzblüte und Waldrieden, Hopfengarten, Wiesengrund und wie sie alle heißen mögen, waren mit wirklich gut geratenen Erzeugnissen auf. Ein neunzehnjähriger Weißholz, Rotkohl und Kürbis, sie alle zeigen ein erfreuliches Wachstum; da hat einer den Grünkohl zum beforsteten Baum gezogen, die Zeppelein- und Schwertbohnen kann man fast mit dem Meterstab messen und die Kiefernblüten der Glanzblüte Obstbauern können sich sehen lassen. Auf kaum 200 Quadratmeter Bodenfläche von denkbar schlechtester Beschaffenheit, mit ganz geringen Mitteln, schaffen hier Menschen, die in zähem Fleiß und harter Arbeit ihr unverschuldetes Schicksal vergessen und Mut und Lebensfreude in der Natur finden wollen.

Opfer der Zuchthaus-Verordnung.

Unpolitische Schlägerei vor dem Sondergericht. — Furchtbare Zuchthausstrafen.

Die furchtbaren Folgen der Bestimmungen der Notverordnung gegen politischen Terror vom 9. August 1932 zeigte eine Verhandlung, die gestern vor dem Sondergericht I Berlin gegen den 28 Jahre alten Schlosser Richard Reimann und den 31 Jahre alten Schmied Max Stefanitz wegen Widerstandes, tätlicher Beamteneinwirkung und Körperverletzung durchgeführt wurde.

Bei diesem Prozeß handelte es sich um eine Angelegenheit ohne jegliche politische Hintergründe. Die beiden Angeklagten haben in der Trunkenheit strafbare Handlungen begangen, die gewiß nicht zu billigen sind. Sie hatten eine ausgedehnte Bierreise unternommen, die in einer Eisdielen in Königs wusterhausen ihr vorläufiges Ende fand. Reimann verspürte plötzlich die Neigung, mit einem Bauarbeiter Wolf Skat zu spielen. Dieser meinte aber, das schickte sich in einer Eisdielen nicht. Es kam zur Schlägerei, auf der Straße prügelte man sich weiter. Nun griff der Nachwachbeamte Föhner ein und forderte Reimann auf, nach Hause zu gehen. Der weigerte sich und griff dem Beamten an die Uniform. Dieser schlug mit dem Gummirüffel, eine neue Keilerei war im Gange, an der sich auch Stefanitz beteiligt haben soll. Der Beamte lagte aus, durch einen Schlag an den Kopf betäubt und mit den Füssen getreten worden zu sein.

Vor Gericht erklärten die beiden Angeklagten, daß sie sehr stark getrunken hätten und sich auf Einzelheiten nicht mehr besinnen könnten. Staatsanwaltschaftsrat Wagner beantragte auf Grund der Notverordnung gegen den Angeklagten Reimann ein Jahr und eine Woche Zuchthaus und gegen den Angeklagten Stefanitz ein Jahr Zuchthaus, wobei er betonte, daß bei derart aberschredenden Urteilen die Ruhe sicherlich bald wieder hergestellt werden würde. Es ist freilich unerfindlich, was die Straftat der

beiden angegriffenen Arbeiter mit der Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu tun hat. Sie aber stellt auch nach der Begründung, die der Notverordnung vom 9. August durch die Reichsregierung von Papen gegeben wurde, den einzigen Zweck der hohen Strafbestimmungen dar.

Das Sondergericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Lohk verurteilte Reimann zu einem Jahr und einem Tag Zuchthaus und Stefanitz zu einem Jahr Zuchthaus. Der Vorsitzende betonte dabei, daß die Notverordnung mildere Umstände ausschloß, weshalb auch in diesem Falle auf Zuchthaus erkannt werden mußte. Weiter seien die Gerichte durch Ministerialverfügungen angewiesen, keine Strafaussetzung zu gewähren.

Die Angeklagten wurden sofort abgeführt. Ihre Frauen, die im Zuhörerraum saßen, brachen in Weindrümpfe aus.

Das Urteil, das zwei Menschen ins Zuchthaus schickt, deren Straftat in anderen Zeiten mit höchstens einigen Monaten Gefängnis bestraft worden wäre, stößt sich formal einwandfrei auf die Bestimmungen der Verordnung vom 9. August.

Die Sozialdemokratie hat den politischen Terror immer auf das schärfste bekämpft. So ist auch die Zahl der Angeklagten auf Grund der Notverordnung vom 9. August, die der Eisernen Front angehören, sehr gering. Weistens handelt es sich um Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Notverordnung ist eine Folge der Politik der gegenwärtigen Reichsregierung, die durch Wiederherstellung der SA die Zustände, unter denen wir leiden, hervorgerufen hat. Aufgabe der Sozialdemokratie wird es sein, wenn ihr durch den Volkswillen wieder der Einfluß zuerkannt worden ist, den sie zu einer Verrückung der unhaltbaren Zustände braucht, so furchtbare Urteile, wie das gestern gefällte, zu revidieren!

Freispruch des Sondergerichts.

Als dritten Termin setzte das Sondergericht gestern nachmittag die Verhandlung gegen den angeklagten Kommunisten Hans Klann wegen der Vorgänge in der Schwerinstraße am 12. August fort. Während der Angeklagte Fritz Bähr wegen Aufreizung und Wider-

standes zu 5 Wochen Gefängnis verurteilt und der Mitangeklagte Burde in der ersten Verhandlung am Donnerstag freigesprochen wurde, war das Verfahren gegen Klann abgetrennt worden, um weitere Zeugen zu vernahmen. Das Gericht kam zu einer Freisprechung des Angeklagten Klann und hob den gegen ihn bestehenden Haftbefehl auf.

Fall Stadtvogtei vor dem Landtag.

Urantrag der sozialdemokratischen Fraktion gegen den Mietwucher.

Auf die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ über die skandalösen Zustände in der ehemaligen Stadtvogtei am Molkenmarkt erwiderte die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages sofort eine Kommission, um Feststellungen an Ort und Stelle zu treffen. Jetzt hat die Sozialdemokratie im Landtag einen Antrag eingebracht, in dem einseitig nochmals die Verhältnisse in der Stadtvogtei geschildert werden. Für die verfallenen Räume werden Mietkäse verlangt, die weit über denen in Neubauten liegen. Der Pächter des Grundstücks Molkenmarkt 1 ruhe die Notlage der Mieter aus. Dann wird der Reichskommissar ersucht, erstens den Erbpachtvertrag zwischen dem Fiskus und den Schippanowitschen Erben sofort wegen Verstoßes gegen die guten Sitten zu lösen. Zweitens sollen Mittel für die Instandsetzung der Räume zur Verfügung gestellt und Verhandlungen über eine Herabsetzung der Mieten eingeleitet werden.

Inzwischen hat sich auf die Presseveröffentlichungen auch die Baupolizei mit der Angelegenheit befaßt. Vergangenen Mittwoch fand zusammen mit dem Generalbevollmächtigten der Erben, Breesmann, eine Besichtigung statt. Vorher hatte allerdings Herr Breesmann, wie uns mitgeteilt wird, drei der besten Toiletten renovieren lassen, neben anderen sogenannten Schönheitsreparaturen. Soweit die Baupolizei dann noch Mängel feststellte, erklärte sich Breesmann bereit, sie abzustellen, teilweise will er das Geld dafür bereits zur Verfügung gestellt haben. Auf die Vorstellungen

der erbitterten Mieter hin erklärte jedoch leider die Baupolizei, daß für 15 Personen jeweils ein Klosett als ausreichend anzusehen sei. Auch in Fabrikbetrieben sei es Norm, daß jeweils zehn Frauen oder fünfzehn Männer eine Toilette benutzen. Hiergegen nimmt jetzt der Mieterrat energisch Stellung und erklärt, daß man bei Mieten von 21,50 bis 29,50 Mark für nur neun Quadratmeter große Räume wohl ein eigenes Klosett verlangen könne und nicht Fabrikmaßstäbe angelegt werden dürfen. Der Chef der Baupolizei des Bezirksamts Mitte wird um Einschreiten gebeten.

Es kommt hinzu, daß die Reparaturen, die jetzt hier und da ausgeführt werden, mangelhaft sind. So soll in einer Wohnung auf die Bodenschüttung nur ein Zementfußboden gelegt werden, obwohl Dienen doch heute in Berlin allgemein üblich sind. Zudem sind die Bohlen unter der Schüttung bereits dermaßen angefault, daß sie bei jedem Schritt wippen und der Bewohner in den Keller durchdringen kann. Die Mieter verlangen, daß auch die Bohlen neu hergerichtet werden. Uebrigens wird von den Pächtern noch Del in die erregte Stimmung gegossen, indem Herr Breesmann in der vorigen Woche ein Mitglied des Mieterrats vor die Brust stieß, als er ihm ein Anliegen vorbringen wollte.

Außerdem haben alle Mieter, die durchschnittlich einen Monat mit ihrer Miete im Rückstand sind, Schreiben erhalten, die sie auffordern, sofort die Schuld abzudecken, sonst wird Klage eingereicht. Am 14. September soll übrigens die erste Exzmission aus diesem Elendsloch erfolgen. Vielleicht nimmt sich rechtzeitig das zuständige Wohlfahrtsamt der unglücklichen Bewohner an.

Selbstmord eines Oberprimaners.

In der Wohnung der Eltern erschossen aufgefunden.

In der Wohnung seiner Eltern hat sich zum Wochenende, wie erst jetzt bekannt wird, der 18jährige Primaner Rolf Caspar durch einen Schläfenschuß getötet. Der jugendliche Selbstmörder gab noch Lebenszeichen, als er ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht wurde, dort ist er aber bald nach seiner Einlieferung gestorben. Liebeskummer ist offenbar das Motiv zur Tat.

Rolf Caspar ist der Sohn des Direktors des städtischen Blech- und Schlachthofes Werner C. In den Nachmittagsstunden des vergangenen Freitags waren Rolf C. und seine Schwester — die Eltern befanden sich auf einer Erholungsreise — allein in der Wohnung in der Eldenaerstraße. Der junge Mann ging in sein Zimmer, als plötzlich seine Schwester durch die Detonation eines Schusses aufgeschreckt wurde. Als das Mädchen hinzueilte, lag ihr Bruder mit einem Schläfenschuß blutüberströmt bewußtlos da.

Im Krankenhaus konnte Rolf C., dem von seinen Lehrern das Zeugnis eines ganz hervorragenden Schülers ausgestellt wird, der in wenigen Monaten sein Abiturium machen sollte, leider nicht mehr gerettet werden.

Reichswehrsoldat niedergestochen.

Magdeburg, 29. August.

Der Reichswehrsoldat Niemann, der Zivilkleidung trug, wurde, durch mehrere Messerstiche verletzt, in einer Blutlache bewußtlos aufgefunden. Niemann ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Als mutmaßliche Täter kommen zwei Personen in Betracht, die bereits verhaftet sind. Ueber das Motiv der Tat ist noch nichts bekannt.

WELTBEKANNT! ORIGINALGRÜSSEN DER HAUSMARKE-ZIGARETTEN

BOENICHE'S HAUSMARKE CORONAS SORTIMENT

Viel nachgeahmt — doch nie erreicht! Ein beispielloser Erfolg!

Ein Versuch mit dieser allgemein anerkannten Spitzenleistung führt zu dauerndem Bezug

Rücknahme nicht ausgedehnt. Von RM 30.— an portofrei. Illustrierte Preisliste kostenfrei.

Hausmarke-Zigarillos von 3 Pf., große Brasil-Hausmarke von 10 Pf., Hausmarke-Zigaretten von 2 1/2 Pf. an

OTTO BOENICHE GEGR. 1879 · BERLIN W 8 · FRANZÖSISCHE-STR. 21 und ZWEIGGESCHÄFTE

ABBILD. HAUSMARKE CORONAS-EXTRA 20 PF.

CORONITAS 10 PF.
CORONAS 12 PF.
CORONAS-MITTEL 15 PF.
CORONAS-GROSS 18 PF.

Aus Obersee-Edel-Tabak gearbeitet. Klauen zu 50 Stück

Hosianna an der Börse.

Platte in Leipzig. — Skepsis im Ausland. — Die Fragezeichen des Wirtschaftsprogramms.

Die Antwort der Berliner Börse auf Papens „Wirtschaftsprogramm“ ist eindeutiger, als es jede wirtschaftliche Kritik vermöchte. Obwohl zunächst hinter der ganzen Anurbeulung nichts steht als ein propagandistischer Optimismus und ein weiterer Abbau der inländischen Kaufkraft, hat ein Sturm des Publikums an der Börse eingeseht, das Aktien kauft. Bis zum Börsenschluß sind die Kurse ununterbrochen gestiegen. Die Großbanken mußten Material zur Verfügung stellen — das Angebot war zu knapp —, um nicht kleinere Zuteilungen gegenüber der Nachfrage (Repartierungen) vorzunehmen.

Die wichtigsten Käufer kamen aus Rheinland-Westfalen mit der ausdrücklichen Begründung, daß die Montanindustrie in großem Umfange Steuererstattungscheine bekommen werde. Die Hoffnung, daß dort auch in größtem Umfang die Schlichter von ihrer Vollmacht der Lohnsenkung Gebrauch machen werden, trug dazu bei.

Einige Beispiele für Kurssteigerungen: Mannesmann stieg um 4, Rhein Stahl um 3, Stahlverein um 2, Gelsenkirchen um 3, Klöcker um 4, Ise Braunkohle um mehr als 7, Rheinische Braunkohle um fast 6. Kali-Westeregeln gewann 6, I. B. Farben 3, Oberkofs 4 Proz. Die AEG erhöhte ihren Kurs um 2½, die Gesfärel um 6, Siemens-Schuckert gewannen 5, Siemens u. Halske 6, Günther Quandt Akkumulatoren sogar 7 Proz. Selbst die Aktien des Maschinenbaues, der Autoindustrie und der Textilindustrie zogen stark an. Berlin-Karlsruher um 5, Bayerische Motoren um 6 und Stöbe um fast 10 Proz.

Diese Kurssteigerungen sind verständlich. Die 1500 Millionen Steueranrechnungsscheine sind ein sicheres und gänzlich glattes Geschenk. Auf dieser Grundlage läßt sich spekulieren. Die Lohnsenkungen werden von dieser Regierung durchzuführen versucht werden. Sie werden im Kurse einfach estompiert. Die Spekulation steigt in vollem Umfange ein, das Risiko tragen ja nur die, die zuletzt wieder aussteigen, und die deutsche Gesamtwirtschaft!

Der öffentliche Kredit — der Staat bleibt ja nur — wird auf der Börse denkbar schlecht bewertet. Die festverzinslichen Papiere haben die Aufwärtsbewegung auf der ganzen Linie nicht mitgemacht. Wenn man eine wirtschaftliche Erholung erwarten würde, so hätte mindestens die durch Lausanne begünstigte Young-Anleihe steigen müssen. Ledigt gestiegen sind aber nur Industriebonds. Die öffentlichen Anleihen, Goldpandbriefe, Kommunalschuldenscheine haben eher verloren als gewonnen.

Wie sehr alles in Berlin auf reine Spekulation gestimmt ist, zeigt auch ein Blick auf die Leipziger Herbstmesse. Der erste Tag war eine offene Platte. Die Verkäufe erreichten kaum die Hälfte der vorjährigen Messe. Wir berichteten gestern schon, daß Ausländer fast gar nicht eingetroffen sind. Von wirklichem Optimismus scheint in der Wirtschaft keine Spur vorhanden zu sein.

Die Meinung des Auslands.

Als charakteristisches Beispiel für die Beurteilung der Maßnahmen im Ausland sei die Auffassung der Londoner City wiedergegeben. Hinsichtlich der finanziellen Durchführung und der Erfolgsmöglichkeiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms herrschen in London die größten Zweifel. Man erinnert an die Parallele in den Vereinigten Staaten, wo ebenfalls zweifelhafte Kreditaktionen und neuerdings auch Lohnsenkungen eine entscheidende Rolle spielten. Man erkennt aber auch in den Londoner Finanzkreisen ganz deutlich den Widerspruch zwischen der offen sozialreaktionären Tendenz und der politischen Grundstimmung in Deutschland, die sozialistisch und nicht privatwirtschaftlich ist. Das nächste, was man erwartet, ist eine bedeutende Verschärfung der sozialen und politischen Spannungen in Deutschland.

Das Meer der Fragezeichen

Illusion und Wirklichkeit im Programm.

Das ganze Papensche Wirtschaftsprogramm ist auf die Hoffnung der produktiven Initiative derselben Privatwirtschaft gestellt, deren vollständigem Versagen ein so beispielloses Versagen der Volkswirtschaft zu danken ist, wie wir es heute festzustellen haben. Nur einige wenige problematische Dinge wollen wir in folgendem herausgreifen:

Es sollen 2200 Millionen Mark Steuergeschenke und staatliche Lohnsubventionen gewährt werden. Der Etat erleidet jährlich von 1934 bis 1938 Ausfälle von mindestens 312 und möglicherweise von 462 Millionen Mark. Die 312 Millionen sind absolut sichere Verluste. Wenn die Anurbeulung nicht zündet, wer zahlt dem Staat das Defizit? Wenn die Subventionen einfach geschluckt und unproduktiv ausgegeben werden, wer sorgt dann für die Unterstützung der Arbeitslosen?

1500 Millionen gehen jedenfalls als Geschenk an die Wirtschaft. Das soll gewiß allmählich geschehen, nämlich im Laufe eines Jahres. Wenn sie im Kassenstrahl der Unternehmer bleiben, wozu dann die Geschenke? Wenn sie wirklich voll zu Krediten werden, wo liegen dann die Grenzen für die Mitwirkung der Reichsbank? Die Reichsbank kann nur dann unbedenklich mitwirken, wenn die Anurbeulung in kleinem Umfange zündet. Zündet sie in großem Umfang, und die Konjunktur zieht gleichzeitig an, woher holt dann die Reichsbank die Gelder, die sie zur Konjunkturfinanzierung braucht? Wird man dann, wenn man billige Kredite braucht, den Diskont wieder erhöhen?

Wenn die Steuersubventionen zu Aktienkäufen verwendet werden, wird die Lombardfähigkeit der Anrechnungsscheine einfach dazu führen, daß die Reichsbank Spekulationskäufe auch an den Börsen finanziert? Kaufen sich die begünstigten Unternehmer Autos oder sonstige Luxusgegenstände mit den Steuervergünstigungen, soll es dann auf einmal gleichgültig sein, ob die Verwendung der Gelder nur zu konsumtiven Zwecken erfolgt?

Die 1500 Millionen sollen bei den Unternehmern die Kosten senken, dazu kommen 700 Millionen bei der Mehreinstellung von Arbeitern. Rügt man die Kosten senkung aus, produziert man mehr, etwa für den Export, dann wird das Ausland den Fall des Dumpings konstruieren. Wird unsere Handelspolitik dadurch gewinnen?

Die 1500 und 700 Millionen sollen die Unternehmungen kreditwürdiger machen. Viele Unternehmungen müßten heute noch verschwinden, weil sie nicht kreditwürdig zu machen sind; bei vielen, und zwar den größten, fehlt heute noch die finanzielle Bereinigung. Wenn nun die technische und finanzielle Bereinigung in demselben Maße unterbleibt — die Vergangenheit spricht fast nur von solchen Erfahrungen —, wenn mit anderen Worten die Verlustquellen in der Wirtschaft nicht beseitigt, sondern durch Faulheitsprämien relativ vergrößert werden, woher holt man dann den Mut, von einem Ende der Krise zu sprechen und von einem Ende der Deflation?

Keinerlei Garantie ist in dem neuen Wirtschaftsprogramm dafür gegeben, daß zusätzliche Arbeit und zusätzliche Aufträge wirklich in Erscheinung treten. Wo ist denn der von der Regierung genannte Anlagenbedarf bei der gleichzeitig nicht bestrittenen Ueberkapazität? Die Auffüllung der Läger wäre auch auf normalem Wege erfolgt. Dazu braucht man keine Steuersubvention.

Nur die öffentliche Arbeitsbeschaffung, wie wir sie gefordert haben, hätte wirkliche Garantien für das Hereinkommen zusätzlicher Aufträge gewährt.

Jetzt redet man von einem 2-Milliarden-Programm. Diese zwei Milliarden stehen auf dem Papier. Bestenfalls sind die bisher wenigstens zum großen Teil finanzierten 350 Millionen für überwiegend öffentliche Aufträge Realität. Von den zwei Milliarden ist vollständig offen, ob sie nicht zum größten Teil verschleudert werden.

Dagegen sind heute fast alle Garantien gegeben für die geplanten Lohnsenkungen, das heißt für eine neuerliche Profittung des Inlandsmarktes und eine neuerliche Verringerung der bisher schon vorhandenen Aufträge. Wenn bei Mehreinstellungen die Löhne gesenkt werden, wenn bei den unzäh-

ligen heute „bedrohten“ Betrieben vom Schlichter Lohn und Gehalt bis zum Existenzminimum gekent werden dürfen, dann wird die Deflationspolitik in größtem Maßstabe fortgesetzt.

Nur mit einer falschen Definition des wirtschaftlichen Begriffes Deflation läßt sich so operieren, wie es die Reichsregierung tut. Statt von steigenden Kosten bei sinkenden Umfängen zu sprechen, einem Widerspruch, den man nur durch relative Steigerung des Volkseinkommens lösen kann, spricht die Regierung von dem Widerspruch in der Industrie zwischen Ausgaben und Einnahmen. Das ist entweder eine lächerliche Binsenwahrheit oder eine Irreführung der öffentlichen Meinung.

Nicht von einem Ende der Deflationspolitik kann hier die Rede sein, sondern nur von einer verschärften Fortführung der schlechtesten und gefährlichsten Seiten der Notverordnungs politik, die die Vergangenheit zulage gefördert hat.

Der zweite Tag in Leipzig.

Nachdem der Eröffnungsamstag den bekannteren stärkeren Besuch, aber sehr schlechte und kleine Geschäfte gebracht hatte, gab es auf der Leipziger Herbstmesse gestern gegenüber dem Sonntag sogar noch einen Rückschlag. Die Herbstmesse ist in erster Linie Verkaufsgelagenheit für Einrichtungs- und Verkaufsgegenstände, deren Abfall ausschließlich von der Kaufkraft der Massen abhängt. Es will darum einiges besagen, wenn berichtet wird, daß an allen Messeständen eine lebhafteste Erörterung des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung stattfand, wobei die vielen Unklarheiten in der Beschaffung der Mittel zur Arbeitsbeschaffung besonders denjenigen Wirtschaftskreisen Anlaß zu mancherlei Kritik gaben, die bei den wirtschaftlichen Experimenten der letzten Jahre meist die Leidtragenden gewesen sind. Also auch in Leipzig wird der rosenrote Optimismus der Reichsregierung nicht für berechtigt gehalten.

Eine Reichsregierung, die spekuliert

Das Hegen: Einmaleins der Papen: Politik / Von Kurt Heinig.

Seit einiger Zeit wird in Deutschland mit „Silberstreifen“ gehandelt. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ predigt Wirtschaftsoptimismus und das Institut für Konjunkturforschung gibt der Reichsregierung Unterricht in theoretischem Zeichnen von Wirtschaftsturen. Man muß den Plan der augenblicklichen Reichsregierung von allem Belwerk befreien und im besonderen auch von dem Zaubernebel, den Herr von Papen um seine einfachen Erkenntnisse der Tatbestände macht, sonst bleibt er unverständlich.

Wie ist der einfache Tatbestand? Infolge der ständig schlechter werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse sind auch die

Reichsfinanzen dauernd in größere Schwierigkeiten

gekommen. Auf der Einnahmeseite meint man, sei nichts mehr möglich, auf der Ausgabeseite, im besonderen bei der Sozialgesetzgebung, weiter zu streichen, hält man im Augenblick nicht für zweckmäßig. So hat man, um den Haushaltsplan 1932 zu balancieren, die Einnahmen zu hoch eingeschätzt. Ein im letzten Moment vorgenommener Abschrich von 110 Millionen Mark konnte erst in den jüngst vergangenen Wochen in schwerem Kampfe mit den einzelnen Ministerien, zumindest erst mal auf dem Papier, durchgeführt werden.

Besentliche Steuereingänge sind weiter rückläufig. Keine Besserungsansätze werden dabei selbstverständlich optimistisch bewertet. Das ändert nichts daran, daß für den Haushaltsplan 1932 mit einem Defizit zu rechnen ist, das etwa zwischen 700 Millionen und einer Milliarde geschätzt werden kann. Dazu kommt, daß die Reichsregierung auch daran denken muß, ihren 125-Millionen-Kredit zurückzugeben und daß die Altanleiheauslösung Ende dieses Jahres auch diesmal erhebliche materielle Ansprüche an das Reich stellt.

Über das Unternehmertum erklärt, es könne erst dann wieder produziert, wenn die Steuerlasten geringer würden und die Löhne weiter gesenkt werden.

Die sozialpolitischen Abbauforderungen sind vor kurzem erst mit einer erheblichen Abschlagszahlung fürs erste einmal beglichen worden. Mit den Löhnen ist es für die Reichsregierung von ihrem Standpunkt aus nicht schwierig, denn hier sind die Lasten oder richtiger die Kosten von dem dritten, also von dem Arbeiter und Angestellten zu zahlen.

Schwieriger ist die Erfüllung der Unternehmerforderungen bei den Steuern. An einen Abbau ist aus den erwähnten Gründen zur Zeit nicht zu denken.

So suchte man einen Ausweg, man fand ihn in einer spekulativen Kombination zwischen Konjunkturpolitik und Artikel 48 der Reichsverfassung.

Wenn es wahr ist, was die privattypischen Spähen in allen Ländern von den Dächern pfeifen, dann stehen wir auch in Deutschland am Tiefpunkt der Krise. Der Geldmarkt ist flüssig, die Börse estompiert, das heißt nimmt die bessere Konjunktur voraus dadurch, daß die Kurse steigen. Außerdem haben in Deutschland die Privattypisten zur Reichsregierung von Papen mehr Vertrauen, als sie zu Herrn Brüning hatten. Deswegen kamen Löhne, spekulativ veranlagte Leute auf die Idee, daß wir jetzt in Deutschland im psychologisch richtigen Augenblick für eine Konjunkturwende seien. Die Unternehmer werden produzieren, wenn sie weniger Steuern zahlen müssen, sie werden Arbeitslose einstellen, wenn die Löhne weiter herabgedrückt werden, man muß ihnen nur ein Geschenk machen!

Die Wirtschaftstheoretiker meinen, daß wir von 1934 an sicher wieder so gute Konjunktur haben werden, daß das Reich so viel Steuern einnimmt, daß es dann Industrie, Handel und Grundbesitz die Steuern wird ermäßigen können. Hier zeigt sich die eigentliche Kühnheit der Spekulation der Reichsregierung. Sie gibt auf rund 2 Milliarden Steuern, die sie in den Jahren von 1934 an nicht einnehmen will, heute den Steuerzahlern sogenannte Steueranrechnungsscheine. Aber das wären nur Fehden Papier, wenn sie der Unternehmer nicht verkaufen könnte. Er soll sie verkaufen können. Er soll sie aber auch, wenn

er sie behalten will, befeihen, also lombardieren dürfen. Er darf sie auch aufheben, dann kann er von 1934 an damit Steuern zahlen.

Was aber so als geniales Zauberkunststückchen erscheint, ist in der Welt der realen Konjunkturlösungen recht klein.

Tropfenweise, vom Anfang Oktober dieses Jahres an, sollen diese Steueranrechnungsscheine bei der Bezahlung von Steuern für bestimmte Teilbeträge dieser Steuern ausgehändigt werden. Die materielle Wirkung bei den Banken, auf der Börse und darüber hinaus in der Wirtschaft kann also erst zaghaft in den letzten Monaten dieses Jahres beginnen. Mit dem Abbau der Löhne werden es die Unternehmer wahrscheinlich etwas eifriger haben!

Aber die Reichsregierung glaubt an ihr eigenes Zauberkunststück. Sie meint den rechten Stein der Weisen gefunden zu haben, sie hofft, daß die Konjunkturforschung die Wahrheit spricht — kurz, sie ist der Ueberzeugung, schon die Ankündigung ihrer Maßnahmen wird die Wirtschaft beleben.

Unser Ueberzeugung ist, daß die Unternehmer sehr gut zu rechnen verstehen und den ihnen gebotenen Vorteil voll auszunutzen verstehen werden — wenn der Plan überhaupt in Funktion tritt. Vor seiner Verwirklichung liegen noch einige Zornisfäden.

Hier sei daran erinnert, daß im vorigen Jahre die Reichsschuldenverwaltung sich geweigert hat, dem Kabinett Brüning solche Schuldzertifikate auszustellen, die aus Kreditermächtigungen stammten, die sich die Regierung selbst aus Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung gegeben hatte. Sowohl die Deutschnationalen wie ihre gelehrigen Schüler, die Nationalsozialisten, ließen mit Erfolg Sturm gegen die damalige Reichsregierung. Das Kabinett Brüning sah keinen anderen Ausweg als die Legalisierung ihrer Kreditbedürfnisse, die durch ein besonderes Kreditermächtigungsgesetz kurz vor der Auflösung des Reichstages erfolgte.

Reichskanzler von Papen hat in seiner Rede in Münster ausdrücklich erklärt, daß die ganze Ausstattung der Steueranrechnungsscheine sie zu einem Reichsdarlehen mache. Dazu bedarf es aber aus den eben erwähnten Tatbeständen heraus eines ordentlichen Gesetzes des Reichstages, oder aber sagen wir es höflich, einer „Umgehung“ der Reichsverfassung.

Im ganzen ist es so, daß die derzeitige Reichsregierung auf gute Konjunktur spekuliert und hofft, daß die Privattypisten mit ihr mitgehen, also misspekulieren. Und man meint, daraus könne Beschäftigung für einige Millionen Erwerbslose erwachsen. Die Phantastik der großen Spekulanten ist immer erstaunlich. Aber mit der Kenntnis der Grundgesetze der Wirtschaft und positiver Gesinnung hat das nichts zu tun. Spekulation ist eine Frage des Glücks, aber nicht der Politik.

Falsche Gerüchte um Dr. Luther. Die Gerüchte über einen angeblich bevorstehenden Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther entbehren, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, jeglicher Grundlage. Luther ist mit dem gegenwärtigen Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung, wie wir wissen, voll einverstanden.

Die holländischen Heringsreedereien und Exporteure sind bei ihrem Außenministerium wegen der drohenden Erhöhung des deutschen Heringszolls vorstellig geworden. Es wurde ihnen gesagt, daß der niederländische Gesandte in Berlin sich bereits seit Wochen mit der Angelegenheit beschäftigt, der auch die holländische Regierung ihre vollste Aufmerksamkeit schenke.

Vorübergehende Stilllegung des Eisen- und Stahlwerkes Hoersch. Das Eisen- und Stahlwerk Hoersch, Köln-Neu-Essen, gibt bekannt, daß es wegen Auftragsmangels gezwungen sei, den gesamten Betrieb vorübergehend stillzulegen. Die Stilllegung erstreckt sich für die Zeit vom 27. August bis zum 5. September einschließlich. Bisher waren nur immer einzelne Betriebe gezwungen, bis zu 14 Tagen auszusetzen.

Riesengewinne an deutschen Anleihen. In einem Bericht des Forschungsinstituts der amerikanischen Börsenmakler wird festgestellt, daß die amerikanischen Bankiers an den seit 1923 in den USA ausgelegten deutschen Anleihen über 50 Millionen Dollar netto verdient hätten. Ein Anleihebetrag von 994,3 Millionen Dollar, das ist die Hälfte der Gesamtsumme, sei jetzt noch in amerikanischen Händen. Die vor dem Senatsauschuss zur Untersuchung der Kapitalanlagen im Ausland gemachten Angaben von Bankiers über diese Gewinne seien vielfach irreführend gewesen.

IRMGARD KEUN **Gilgi** eine von uns

Sie holt aus der Schreibtischschublade einen Haufen beschriebener Blätter hervor, ein Heft und ein zerknustes Buch: Jerome „Three men in a boat“. Daraus überlekt sie ins Deutsche, nur so, zur Übung vorläufig. Möglich, daß ihr's später mal gelingt, etwas für Geld zu machen. Gilgi schreibt, schreibt, liest, streicht durch, schreibt — bis Olga kommt.

Hübsche Olga, schöne Olga! Das nüchterne Arbeitszimmerchen riecht plötzlich nach Sommergarten, und Gilgis hartes, kleines Gesicht wird weicher und jünger. Glückliche Olga! Ein gut gelaunter lieber Gott hat ihr einen Sektforcken an die Seele gebunden. Mag kommen, was will, Olga geht nicht unter. Sie hat die lustigsten blonden Haare, das weichste, blühendste Blondinengesicht. Sie hat die unbekümmerlichsten Augen, graublau mit frechen, kleinen Fünktchen in der Iris. Sie hat die faulen, räkelnden Bewegungen einer kleinen Haremsfrau und den Verstand eines jüdischen Eßanisten. Sie ist an nichts und niemanden gebunden, ist das unabhängigste Wesen, das Gilgi sich denken kann. Sie bewundert Olga, obwohl sie weder die Möglichkeit noch den Wunsch hat, ihr je zu gleichen.

„Willst du Tee, Marzipanmädchen? Äpfel, Mandarinen, Bananen? Hab alles da.“ Wie hübsch du aussiehst, Olga! Gilgi bringt das Kompliment nicht über die Lippen, sagt statt dessen: „Wieder Farbkleck auf der Bluse! Wie ekelhaft schlampig du bist!“ Olga liegt auf dem Divan und spielt mit einer Mandarinenrinne. „Ich muß mich jetzt mächtig ranhalten, im Frühling kommen die Amerikaner nach Berlin.“

„Soo“, macht Gilgi betäubt. Olga wird also im Frühling in Berlin sein, und dann wird sie reifen, hierhin, dorthin, wer weiß, wann sie wieder nach Köln kommt. Augenblicklich kopiert sie für eine amerikanische Familie ein paar Gemälde aus dem Wallraf-Richartz-Museum. Nebenbei malt sie für ein Kino auf der Hofstraße Brüllplakate. Olga malt alles, was man will. Ob sie eine große Künstlerin ist, kann Gilgi nicht beurteilen. Olga selbst sagt nein. Möglich, daß sie recht hat. Wenn sie Geld braucht, arbeitet sie, wenn sie Geld hat, reißt sie. Oft allein, manchmal nicht allein.

„Du wolltest mich doch um was bitten, Gilgi?“

„Ja. Du mußt mir einen Mann abnehmen.“

„Ist er nett?“

„Bessere Konfektionsware — nichts für dich.“

„Was soll ich dann mit ihm?“

„Er ist mein Chef, ist verliebt. Wenn er merkt, daß ich ihn nicht mag, hab' ich muffige Luft auf dem Büro. Du mußt ihn von mir ablenken.“

„Na ja. Wenn er aber in dich verliebt ist, wird er sich doch von mir nicht...“

Gilgi macht ihr weltweisestes Gesicht.

„Der ist nicht speziell in mich, der ist an und für sich verliebt in der letzten Zeit — ganz allgemein. Ich bin Zufallsobjekt, eine Einbildung...“

„Die wer'n wir ihm austreiben.“ Olga schiebt heimlich einen Apfelsüß hinter den Divan.

„Wie sollen wir's dann machen?“

Gilgi erklärt Olga kurz ihren Plan. Olga ist einverstanden — nur: „Werd' ich ihn denn auch wieder los?“

„Ach, Olga!“ Gilgi schwingt sich auf den Schreibtisch, „du bist doch viel mehr Dame als ich — nein, nicht weil du schon fünfundzwanzig bist — an und für sich. Bei dir wird einer nicht gleich so brenzlich wie bei mir kleinem Mädchen, außerdem kannst du nach vierzehn Tagen Abreise vortauschen.“

Olga macht eine Handbewegung, die ausdrücken soll, daß sie sich einer derartigen Situation bis zum Ueberdruß gewachsen fühlt.

Irgendwo in Köln liegt Herr Reuter (Strumpfwaren und Tricotagen engros) im frauerverlassenen Ehebett, leidet an Schlaflosigkeit und am Um-jehn-Jahre-jünger-sein-Gefühl. Hab ein kleines, braunes Mädchen — rührend, wenn man denkt, wie jene Kleine sich nach einem sehnen mag...“

Im Mansardenzimmer in der Mittelstraße stellt Gilgi das Grammophon an, Olga legt die Platte auf: ... wenn du mal in Havai bist, und wenn... Beide finden das Thema Reuter nicht interessant genug, um noch eine Minute länger darüber zu sprechen.

Am Sonntag sitzen Gilgi und Herr Reuter zusammen im „Dombotel“. Gilgi hat das Gefühl, zu Abend gegessen, Herr Reuter das Gefühl, soupiert zu haben. Sie trinken Haut-Sauternes. Von Glas zu Glas ver-

kleinern sich Herrn Reuters schwärzliche Korinthenaugen um Millimeterbruchteile. Gilgis kleine Brüste zeichnen sich deutlich unter dem taubenblauen Samtkleid ab und überzeugen Herrn Reuter, daß Gilgi „die“ Frau ist, die ihn versteht. Er sagt es und glaubt, was er sagt. Er breitet sein Innenleben vor ihr aus wie eine offene Skatarte. So ist er. Gilgi nimmt zur gefälligen Kenntnis, höflich und mäßig interessiert. Armer Idiot, wenn du ein Junger wärst, brauchte man keine Zeit mit dir zu verlieren. Hör auf, nicht soviel Lyrik, paßt nicht zu deinem Pöckel am Kinn. Warum kann man nun nicht sagen: gib nichts aus, wenn's nichts einbringt, steck kein Gefühlskapital in ein aussichtsloses Unternehmen. Kann man nicht sagen: Armer Alter, deine Mischung barockmerkantil verträgt kein glattes Nein. Also! Schließlich kommt's mir einzig auf mich an, nicht wahr? Auf die hundertfünfzig Mark, die ich monatlich bei dir auf dem Büro verdiene, auf ungehörte Arbeit. Bei meiner Arbeit kann ich Ihnen

Gemütszucker nicht vertragen, mein Herr — also! „Prost!“ — „Prost!“ Klunk-Klunk. Herr Reuter hält Gilgis Hand. Man sollte nicht soviel reden, man sollte jetzt... nicht mehr soviel reden. So viele Leute um einen



Herr Reuter findet Olga schön. Trotzdem hört sie ihn, denn Gilgis kleine braune Hand ist jetzt unerreichbar weit fort.

herum. Ja, wenn man bedenkt, daß sie alle Strümpfe brauchen und Tricotagen, dann muß man sie nett finden und gern haben, aber wenn sie nicht hier sitzen und trotzdem

Strümpfe und Tricotagen brauchen — man fände sie noch viel netter. Kellner sind üble Zeiterscheinungen, wenn sie rumstehen und nichts zu tun haben. „Haroba (Herr Ober), noch 'ne Flasche!“ Gilgi überhört die Aufforderung Herrn Reuters, ihn du zu nennen, am Ende soll sie nachher auch noch Friedrich zu ihm sagen.

Eine Dame geht suchend an den Tischen vorbei. Eine schöne Dame, eine leuchtende Dame. „Eine Bekannte“, haucht Gilgi. Höchste Zeit, Olga! Funkt sie mit dem linken Auge.

„Guten Abend, Fräulein Kron.“
„Guten Abend, Fräulein Jahn. Darf ich bekannt machen...“

„Sehr angenehm“, läßt Herr Reuter.

„Mit Bekannten verabredet — nach dem Theater — noch nicht da — so peinlich —“

Olga macht hilflose Augen, ihre Marzipanfinger streicheln zärtlich den teuren Fehpelz, von dem erst die dritte Rate bezahlt ist. „Ja, wenn Sie...“ Gilgi ist sichtlich ratlos, enttäuscht, verlegen.

„Wenn Sie solange hier Platz nehmen wollen“, kommt Herr Reuter zu Hilfe. Er ist Kavaliere. Nicht gern.

„Wenn ich darf! Handelt sich ja nur um einen Augenblick.“ Olga sieht Herrn Reuter unendlich dankbar an. Er hilft ihr aus dem Mantel. Er ist Kavaliere. Nicht ungern.

Er merkt, daß andere Männer ihn beneiden, als Olga sich an seinen Tisch setzt. Angebot erhöht die Nachfrage. Herr Reuter findet Olga schön. Trotzdem stört sie ihn, denn Gilgis kleine, braune Hand ist jetzt unerreichbar weit fort.

(Fortsetzung folgt.)

Dr. Bruno Borchardt: **Sadi Carnot entdeckt die Kraft des Feuers**

Es sind gerade 100 Jahre her, daß ein ernster in sich gefehrter junger französischer Ingenieur in Paris im blühenden Alter von 36 Jahren der türkischen Chälara erlag, die damals Europa heimsuchte. Außer in den engeren Fachkreisen ist dieser ganz hervorragende Forscher fast unbekannt geblieben, man denkt bei dem Namen Carnot meist an seinen Neffen, den 1894 von einem Fanatiker ermordeten Präsidenten der französischen Republik, und an seinen Vater, den Schöpfer der Heere der großen Revolution und Organisator ihrer Siege, der auch unter dem Konig Napoleon Kriegsminister war, jedoch als strenger Republikaner bei der Errichtung des Kaiserturns sich aus dem öffentlichen Leben zurückzog, aber später, bei der Innozenz der Württem in Frankreich, seinem Vaterland seine Dienste wieder anbot. Sein Sohn Sadi leitete die politische Ueberzeugung des Vaters, als Louis Philippe, der die Nachkommen der Revolutionen zu gewinnen suchte, ihn als den Sohn des großen Carnot in den Pairs-Stand erheben wollte, sehnte er diese Ehre ab, da die Annahme bei seiner gänglichen Unbekanntheit eine Anerkennung des Prinzips der Erbllichkeit bedeuten würde, das er als Republikaner in gleicher Weise bekämpfen müsse, wie sein verstorbener Vater es getan.

Sadi Carnots Interessen waren hauptsächlich der Arbeitsleistung der Dampfmaschinen und der Arbeitsleistung durch Wärme überhaupt zugewendet. Die einzige von ihm selbst (im Jahre 1824) veröffentlichte Schrift: „Ueber die bewegende Kraft des Feuers“ oder in moderner Ausdrucksweise: „Ueber die Arbeitsleistung durch Wärme“, enthält das sog. Carnotsche Prinzip, das die Grundlage der Weiterentwicklung der Thermodynamik bildet und als zweiter Hauptsatz der mechanischen Wärmetheorie allgemein bekannt ist. In seiner einfachsten Form besagt es, daß die von einer Dampfmaschine geleistete Arbeit der aus dem Kessel in den Kondensator übergeführten Wärmemenge proportional (entsprechend) ist, oder allgemeiner, daß durch Wärme nur dann Arbeit geleistet werden kann, wenn gleichzeitig ein Temperaturausgleich erfolgt, indem Wärme von einem wärmeren zu einem kälteren Körper überströmt. Carnot, der damals noch in der Anschauung von der stofflichen Natur der Wärme befangen war, verglich treffend die Arbeitsleistung durch Wärme mit der durch Wasser; wie dieses nur beim Fließen oder Fallen von einem höheren zu einem tieferen Niveau Arbeit leisten kann, so die Wärme nur beim Uebergang oder Fallen von höherer zu tieferer Temperatur.

Die Gedanken Carnots fanden bei seinen Zeitgenossen nicht das Verständnis und die Beachtung, die sie verdienten. Fast ein Vierteljahrhundert verging, ehe die Thermodynamik an sie anknüpfte und Sadi Carnot als ihren Begründer anerkannte. Aber Carnots Gedanken reichten noch erheblich weiter. Er beschäftigte sich auch mit der Natur der Wärme und rang sich von der damals üblichen Anschauung los, welche die Wärme als einen Stoff betrachtete. Als die größte wissenschaftliche Tat des 19. Jahrhunderts auf naturwissenschaftlichem Gebiete wird mit Recht die Aufhellung des Verhältnisses von Wärme und Arbeit, die Entdeckung ihrer Gleichartigkeit gepriesen, die zu dem Gesetz von der Er-

haltung der Kraft führte oder, wie man heute sagt, Gesetz von der Erhaltung der Energie. Als seine Begründer werden vor allem Robert Mayer genannt, der im Jahre 1842 den klaren Gedanken aussprach und auch das Verhältnis zwischen einer Wärmeeinheit und ihrer Arbeitsleistung berechnete, das sog. mechanische Äquivalent der Wärme, und Hermann Helmholtz, der in umfassender Weise fünf Jahre später das allgemeine Gesetz entwickelte, ohne übrigens die Arbeiten Meyers zu kennen.

Weder Mayer noch Helmholtz fanden sofort Verständnis und Anerkennung. Später jedoch wurden widerliche Streitigkeiten darüber geführt, wem das Verdienst der ersten Entdeckung gebühre. Aber im Jahre 1878 gab der Bruder von Sadi Carnot dessen Schrift von 1824 neu heraus und veröffentlichte zugleich seine bis dahin unbekannt gebliebenen Tagebücher, und da zeigte sich, daß der 46 Jahre zuvor gestorbene Carnot bereits ganz klare Vorstellungen vom Wesen der Wärme, von ihrer Gleichartigkeit mit mechanischer Arbeit, von ihr als einer Form der Energie gehabt hatte, daß er auch bereits das mechanische Wärmeäquivalent zutreffend berechnet und eine Reihe von Versuchen angegeben hatte, die später in fast genau derselben Form von Joule, Hirz und anderen

Begründern der mechanischen Wärmetheorie ausgeführt worden sind. Ernst Mach sagt in seinen Prinzipien der Wärmelehre:

„Der Fall Carnot ist außerordentlich lehrreich für jene, welche es für unmöglich halten, daß derselbe Gedanke in verschiedenen unabhängigen Köpfen zugleich entsteht,“ und er fügt hinzu: „Wie sehr würde sich doch die heute gültige Ruhmesbilanz verschoben haben, wenn Carnot einige Jahre länger gelebt hätte, und wenn seine durch 46 Jahre verschollenen Gedanken früher bekannt geworden wären!“

Sadi Carnot war leider nur ein kurzes Erdenleben beschieden. Sein Schicksal zeigt mit voller Deutlichkeit, wie wenig die allgemeine wissenschaftliche Entwicklung von einem einzelnen abhängt, wie alle zu lösenden Fragen sich aus dem gesamten Zustand einer Wissenschaft ergeben und wie rein zufällig es ist, mit welchem Namen die schließliche Lösung verknüpft wird. Aber die dankbare Nachwelt ehrt mit Recht das Andenken der Männer, die sich um den Fortschritt bemüht haben, und deshalb nimmt auch Sadi Carnot, dieser seltene und einzigartige Genius, der die tiefsten Probleme seiner Zeit weit vorausseilend gelöst hat, einen Ehrenplatz in der Geschichte der Wissenschaft ein.

Ivan Kellbut: **Zwei auf Wanderschaft**

In allen schwarzen Brettern, deren er habhaft werden konnte, hatte der Werkstudent es bereits versucht, aber es war ihm bisher nicht gelungen, sein Skelett abzustößen. Das Skelett war ein Geburtstagsgeschenk, das der Werkstudent einem begeisterten Onkel verdankte. Und Otto, der Kesse, hing mit einer zärtlichen Liebe an dem Knochengestirb. Er wußte die saubere Arbeit zu schätzen, die bei der Präparation geleistet worden war; liebevoll schweigten seine Augen oft in die Ecke der Stube, wo die hübsche Kostbarkeit stand.

Er wohnte zu dieser Zeit bei einem alten Herrn, der gern einen tranf. Junggeselle war und Humor besaß. Humor genug, um das Skelett in der Ecke zu tolerieren, aber zu wenig, um Otto in seiner Stube zu dulden, als sich zu den zwei rückständigen Monatsmieten die dritte summierte.

„Machen Sie, daß Sie rauskommen“, schrie der alte Herr, hochrot im Gesicht, „Sie und das Gerippe da!“

Der Kauschmisch war so überraschend gekommen, daß jede feilsche Vorbereitung für das schwere Geschäft des Zimmerludens fehlte. Daher machte er an den Türen keinen günstigen Eindruck, die Wirtinnen mit gutem Blick merkten schon durch's Schloß, was los war, und piffen unsichtbar ihre Absage hindurch. Andere, die so weit gingen, zu öffnen, hefteten ihre Berliner Augen mißtrauisch auf das lange, seltsame Paket und fragten: „Was für ein Ding ist denn das?“

„Eine Männerleiche“, war Otto jedesmal versucht, zu antworten. Aber umschreibenderweise sagte er dann: „Ein Modell!“

Mit ihrem merkwürdig sicheren Instinkt für zahlungsfähige und nicht ganz normale Herren lehnten sie ab. Sie wollten ihn mit seinem Modell gar nicht erst in die Stube hineinlassen.

Schließlich merkte Otto, daß sein Mißerfolg daher kam, daß er sich immer noch in einer relativ zu vornehmen Gegend befand. Otto nahm eine entschiedene Schwentung vor, und in dem Stadtteil, den er nun schweigend erreichte, fand er bald eine kleine Stube dicht unterm Dach bei einem Ehepaar, das selbst nichts hatte und daher keine Veranlassung fand, neugierige Fragen zu stellen. Das Skelett wurde, sobald die Wirtin hinaus war, in dem Schrank einquartiert, der morsch und gebrechlich in der Ecke mehr sah als stand. Den Schlüssel zog Otto ab. Als er nachmittags die Stube verließ, um sich nach einer Gelegenheit umzusehen, wo es in der Nähe etwas Warmes zu essen gäbe, grüßte er mit einem traurigen Blick den Schrank, in dem das unglückliche Beingerüst, von Licht und Luft abgeperrt, in seiner armlässigen Stellung hockte.

Er hatte nicht mit der Tatsache gerechnet, daß zu einem Schrank mitunter der Schlüssel eines anderen Schrankes den Eingang findet, und daß manche Schranktüren sich, vermöge ihres hohen Alters ohne Schlüssel, einfach mit eingeklemmten Fingerspitzen öffnen lassen, ferner hatte er nicht den Umstand beachtet, daß Frauen zu einhundertunden Prozent neugierige Leute sind. Als er nach Hause kam — das heißt, er kam eben gar nicht bis „nach Hause“: vor der Wohnungstür stieß er gegen etwas Hartes, das er als seinen Handkoffer identifizierte. Im trüben Licht seines Feuerzeugs sah er neben dem Koffer,

